

ALiNa

Altonaer
Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 18 · Winter/Frühjahr 2020/21



Im Heft:

- Was tun gegen die soziale Krise in Hamburg?
- Cum Ex Filz in Hamburg
- Wie umgehen mit Coronaleugnern?
- Kapitalismus in grün?

beigeheftet:
Broschüre der
Linksfraktion Altona

Liebe Leserinnen und Leser,

Welch seltsame Zeit erleben wir! Die Covid-19-Pandemie beherrscht hierzulande wie weltweit die Schlagzeilen. Viele von uns werden die schrecklichen Bilder aus Bergamo und aus vielen anderen Orten nicht vergessen können. Lockdowns, das Wüten des Virus in den Armutsgebieten der Welt, Infektionsraten, die fieberhafte Forschung nach Impfstoffen, „Home Office“, Kurzarbeit, digitaler Unterricht mit allen Pannen, Verschwörungstheorien, Q-Anon, "Querdenker", Risikogebiete, Inzidenz-Wert, Maskenpflicht, Massengräber, Einkommensverlust und weinende, verzweifelte Menschen haben sich für lange Zeit in unsere persönliche und kollektive Erinnerung eingebrannt. Es ist noch lange nicht zu Ende. Vielerorts ist der Höhepunkt der zweiten Infektionswelle erreicht, andernorts läuft schon die dritte. Diese Pandemie zeigt nur zu deutlich, wie empfindlich und angreifbar Gesellschaften, Strukturen, Daseinsfürsorge, Gesundheitssysteme, Wirtschaft und Sozialsysteme in solchen Zeiten sind, überall.

Sie zeigt auch, wie dringend nationale Egoismen zurückstehen und tatkräftige Solidarität mit notleidenden Ländern geübt werden müssen. Die USA als reichste und größte kapitalistische Ökonomie orderte Hunderte von Millionen Impfdosen vor allem für sich selbst. "America First" war auch hier das Trumpsche Leitmotiv. Der weitaus größere Teil der Weltgemeinschaft kann es nicht, schon gar nicht da, wo es

Kriege, unterentwickelte Gesundheits- und Bildungswesen, eine am Boden liegende und in Abhängigkeit gehaltene Wirtschaft, Massenarmut, Hunger und korrupte Eliten gibt. Konzerne wie Biontech, Pfizer, Astra-Zenica, Moderna oder CureVac drängen mit ihren Impfstoffen auf den Markt und wollen sie verkaufen, zu ihren Preisen.

Ohne eine kräftige internationale Hilfe können arme Staaten keine Impfstoffe erwerben. Sie hätten auch nicht genug Fachkräfte, Spritzen, Kühlgeräte und weitere medizinische Infrastruktur zum Impfen. Ohne die Weltgesundheitsorganisation WHO, aus der sich die USA zurückgezogen haben, ohne die EU, Russland und ohne China, das inzwischen bei CanSino und Sinopharm Impfstoffe produziert und vermutlich über die größte Erfahrung bei der Covid-19-Bekämpfung verfügt, ohne Ärzte aus aller Welt, worunter auch viele kubanische Mediziner aktiv sein werden, wird es nicht klappen.

Die WHO hat mit "Access to Covid-19 Tools Accelerator" (ACT-A) einen globalen Zusammenschluss mit dem Ziel gebildet, die Entwicklung, Produktion und den gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen, Diagnosemöglichkeiten und für Behandlungen bezüglich Covid-19 voranzutreiben. Unter diesem Dach sollen unter anderem Impfstoffe hergestellt, eingekauft und fair verteilt werden, darunter mehr als eine Milliarde Dosen Impfstoffe für 92 Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Der politische Wille scheint vorhanden, die Praxis wird beweisen müssen, ob er ernst zu nehmen ist. In der Zukunft muss es zu vielen weiteren dringend notwendigen Anstrengungen kommen. Auch das beweist die Pandemie.

Der kapitalistische Raubbau an der Natur, das Artensterben, die gewaltigen Waldrodungen, die Luftverschmutzung durch weltweit zu hohe Emissionen, die Klimaveränderungen mit verheerenden Folgen sind für viele Staaten inzwischen eine unmittelbare, gegenwärtige existenzielle Bedrohung. Land- und „Watergrabbing“ sowie die Macht der großen Saatgut- und Agrarkonzerne drängen viele Landbevölkerungen an den Abgrund und die Gesellschaften in die Abhängigkeit. Warum dürfen Konzerne wie Nestle weltweit ganze Wasserreservoirs kaufen und den davon betroffenen Menschen den Zugang zum Wasser verwehren? Die Corona-Pandemie als beherrschendes Thema hat anfangs vielen Menschen den Blick auf die drohende Klimakatastrophe, auf die nach wie vor tobenden Kriege, auf die Waffenexporte, auf die Flüchtlingsströme, auf die antisemitischen Übergriffe, auf die rechtsextremen Attentate und auf die Not hungernder Menschen und auf vieles mehr verstellt.

Nun gilt es den Blick darauf wieder zu schärfen und weltweit zu handeln. Das gilt auch gerade für die antikapitalistische Linke.

Die Redaktion

Titelfoto: Initiative Sternbrücke

Inhaltsverzeichnis:

Editorial	Seite 2	Strategiedebatte	Seite 11
Was tun gegen die soziale Krise in Hamburg?	Seite 3	Linke, die nur Rechte sehen?	Seite 12
Atomwaffen raus aus Deutschland	Seite 6	Unsere Verantwortung	Seite 14
Ökologischer Kapitalismus? Dasselbe in Grün!	Seite 7	Ein Thema für die Strategiedebatte?	Seite 16
Wegen verbotener Beihilfe bei	Seite 8	Privateigentum an Grund und Boden.	
Cum-Ex-Geschäften ins Aus?	Seite 8	Bücherkiste Links	Seite 17
„Ihn als Freund ...“ – Friedrich Engels	Seite 10		

Covid19-Krise darf nicht zur sozialen Katastrophe werden!

Corona-Prävention: JA! Corona-Armut: NEIN!

Die Stadt und das Land gehören denen, die in ihr arbeiten und leben!

Durch die Covid 19-Pandemie verschärfen sich die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse massiv und für viele Menschen.

Was tun gegen die soziale Krise in Hamburg?

In Hamburg sind für 270 000 Menschen Kurzarbeit angemeldet worden. Die genauen Zahlen sind unklar und deren finanziellen Situation auch. Einige werden nur Teilzeit-Kurzarbeit leisten, einige werden von den jeweiligen Unternehmen auf 80, 90 oder 95 Prozent aufgestockt werden. Aber nach Berechnungen von der NGG gibt es im Bereich Hotel und Gastro Anfang Mai ca. 60.000 Menschen in Hamburg, die in voller Kurzarbeit gesetzt wurden und bei den sowieso schon geringen Löhnen nur 60%/67 % mit Kindern erhalten.

Zusätzlich haben ca. 50.000 Menschen Antrag auf die Corona-Sofort-Hilfen gestellt, davon allein 30.000 Soloselbständige. Deren Unterstützung zum Leben (2.500,- Euro) soll für 3 Monate reichen. Das war ein Hamburger Programm. Die weitere Absicherung ist unklar.

Mit 77.518 Hamburgern gibt es in Hamburg einen Höchststand an gemeldeten Arbeitslosen. Dies ist ein Anstieg innerhalb eines Monats um fast 11.000 (genau 10.985) oder 16,5 Prozent. Zum Vorjahresmonat beträgt die Steigerung fast 15.000 (14.763) oder 23,5 Prozent. Damit gibt es schon im April 2020 die höchste Arbeitslosigkeit seit zehn Jahren.

Diese Krise trifft besonders Frauen, die zumeist diejenigen mit geringen Gehältern sind oder oft als Alleinerziehende mit wenig auskommen müssen. Soweit die offiziellen Zahlen der gemeldeten und erfassten Probleme. Viele Menschen sind ohne Absicherung: Minijobber, Menschen, ohne Papiere. Das Elend hat sich kräftig ausgeweitet. Die Tafeln haben den Betrieb einschränken müssen, aber melden sehr kräftig wachsende Zahlen, die Schlangen vor den Mittagsspeisen sind kräftig angewachsen. Viele Menschen ohne Obdach und ohne Papiere haben dramatische Probleme.

Zwar hat sich die Situation bei einem Teil durch die Öffnungen vieler Läden und einiger Gastrobetriebe wieder verbessert, aber in anderen Bereichen wachsen die Probleme durch Insolvenzen und Kürzungen bei den Betrieben. Außerdem sind die persönlichen finanziellen Reserven vieler Menschen erschöpft.

Die Aktivitäten der Linken in der Bürgerschaft

Die Stadt Hamburg hat auf diese Krise mit einigen Maßnahmen reagiert. So wurde die

Corona Soforthilfe Mitte März geschaffen mit der auch Soloselbständige von der Krise Betroffene in der Regel recht unbürokratisch 2.500,- Euro erhalten konnten. Außerdem wurde für die meisten öffentlichen Unternehmen eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf in der Regel 90 Prozent vereinbart. (Unrühmliche Ausnahme ist hier eine Tochter des Hamburger Flughafens (AHS) in der keine Erhöhung vorbenommen wurde).

Die Forderungen der Linken in der Bürgerschaft gegen die soziale Krise

Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft hat auf diese soziale Krise von Anfang an ins Zentrum ihrer Betrachtung der Corona-Krise gestellt. Die Maßnahmen des Shutdown sind notwendig, aber die Krise darf die soziale Spaltung nicht verstärken. Neben der allgemeinen kritischen Diskussion hat die Fraktion auch mit einigen konkreten Anträgen reagiert.

Die Auseinandersetzung um die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes

Im Antrag 22-80 „Beschäftigung und Lebensstandard sichern“ wurde gefordert das Kurzarbeitergeld des Bundes aus städtischen Mitteln auf 90 Prozent aufzustocken (für alle öffentlichen Unternehmen und als Zuschuss an privat). Unternehmen, die in den Jahren 2017 bis 2019 einen Bilanzgewinn erwirtschafteten, sind für die Finanzierung des Kurzarbeitergeldes ihrer Beschäftigten heranzuziehen.“ Außerdem wurde gefordert „aus städtischen Mitteln ein Kurzarbeitergeld für Minijobber:innen in Höhe von 90 Prozent des Einkommensverlustes zu gewähren und bei Zeitarbeitsfirmen darauf hinzuwirken, dass diese die Kurzarbeitsregelung in Anspruch nehmen und Leiharbeiter:innen nicht kurzfristig entlassen.“



Bild: @macrovector_official/Freepik.com



Dieser Antrag wurde begleitet von einer Aktion der Gewerkschaft Nahrungsmittel, Genuss und Gaststätten (NGG), die mit einem offenen Brief an den Bürgermeister und alle Bürgerschaftsabgeordneten und eine Aktion vor dem Hamburger Rathaus die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes forderten: „Kurzarbeitergeld jetzt aufstocken: Existenzen sichern, soziale Verwerfungen verhindern! Eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes ist finanziell machbar und politisch notwendig! Verantwortungsvolle Politik muss den Menschen in der Krise Sicherheit und Zuversicht geben. Deshalb sagen wir: Handeln Sie jetzt!“

Außerdem hat der Hamburger DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften einen Hamburger Sonderfonds gefordert: „Um die Gefahr von sozialen Schiefen in der Corona-Zeit abzufangen, fordern der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften einen Hamburger Sonderfonds, aus dem das Kurzarbeitergeld (KuG) auf mindestens 80 Prozent aufgestockt wird. Hintergrund ist, dass die beschlossene Erhöhung im Bund von 60 bzw. 67 Prozent auf maximal 87 Prozent erst ab dem 4. bzw. 7. Monat greift.“

Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger: „Das ist für viele Menschen im Niedriglohnsektor oder mit Kindern viel zu spät. Gerade in den ersten Wochen des Kurzarbeitergeldes spüren sie die harten Einschnitte durch wegbrechende Löhne am stärksten. Wir müssen ein Abrutschen der Beschäftigten in die Grundsicherung verhindern und gleichzeitig die konsumtive Nachfrage stärken. Dafür sollte die Stadt das Kurzarbeitergeld auf mindestens 80 Prozent aufstocken, bis die Erhöhung durch den Bund greift. Wenn Milliardenbeträge zur Rettung der Wirt-

schaft unseres Landes aufgebracht werden, ist es im Sinne der sozialen Ausgewogenheit genauso angebracht, für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer notwendige Unterstützungsleistungen anzupassen.“

Nach DGB-Schätzung belaufen sich die einmaligen Kosten in Hamburg hierfür auf einen höheren zweistelligen Millionenbetrag.

Wer jetzt erwartet hätte, dass die Hamburger Parteien SPD und Grüne auf diese kräftigen Forderungen eingehen würden, sah sich getäuscht. Schon in der Debatte in der Bürgerschaft zeigten sie sich unbeeindruckt von den Argumenten. In der Diskussion im Corona-Sonderausschuss wurden die Anträge klar abgelehnt.

Senatorin Leonhard: „Dann zum Thema Aufstockung Kurzarbeit aus Landesmitteln möchte ich gern einmal etwas sagen. Wir sind viel mit den Gewerkschaften auch im Gespräch zu solchen Themen, Kurzarbeit und Kurzarbeiterregelung. Und in dem Moment, in dem wir eine pauschale Landesregelung zur Übernahme der Aufstockung von Kurzarbeitergeld machen, nehmen Sie im Grunde den Tarifpartnern die Möglichkeit und auch die Kulisse, vor dem sozusagen Aufstockungen verhandelt werden müssen mit dem Arbeitgeber. Und ich sehe das klar im Spektrum der Arbeitgeber, da auch sozusagen mit dran zu tun, das abzusichern“. (Wortprotokoll Corona Ausschuss S. 49) Die gleiche Argumentation wurde auch von Jan Kolze (SPD MdBü, Vorsitzender BCE) vorgetragen.

Diese Argumentation ist angesichts der schwierigen gewerkschaftlichen Situation gerade in kleinen Betrieben gerade bei den Hotels, Einzelhandel und Gastro-Bereich und der gesellschaftlichen Tarifflicht unverantwortlich



und sogar zynisch. Mit dieser Begründung hatten gewerkschaftliche Kreise und rechte Sozialdemokratie vor etlichen Jahren auch gegen den Mindestlohn argumentiert. Ich hielt diese Argumentation für längst überwunden.

Soloselbstständige

Der Hamburger Senat hat zwar aus Hamburger Mittel eine Soforthilfe über 2.500 Euro auf den Weg gebracht. Allerdings ist dieses Geld für 3 Monate vorgesehen und dieser Zeitraum ist fast vorbei ohne dass gerade im Bereich von Kultur und Veranstaltungen ein Ende der Corona-Maßnahmen in Sicht ist. Daher ist es dringend notwendig, diese Maßnahmen zu verlängern und zu verstetigen. Daher der Antrag (22/80) „aus städtischen Mitteln ein Überbrückungsgeld in Höhe von 1.250 Euro monatlich (entspricht 15.000 Euro jährlich wie in Berlin) auszus zahlen“.

Dieser Passus wurde von allen anderen Parteien abgelehnt, da der Senat auf eine Vereinbarung aus dem Bund wartet. Aber die Zeichen sind nicht günstig sondern vor allem die CDU, aber auch Teile der SPD darauf drängen, dass die Soloselbstständigen nicht mehr gefördert werden sollen, sondern SGB2/Hartz IV beantragen sollen. Die Große Koalition, aber in ihrem Gefolge auch SPD/Grün in Hamburg, verschärft damit die soziale Situation kräftig.

Erhöhung der Sozialleistungen

Im einem weiteren Antrag (22/78) wurde als Soforthilfe die Aufstockung von Mitteln aus dem Sozialgesetzbuch 2 (Hartz IV) um 150,- Euro monatlich für die Zeit der Pandemie gefordert. Das ist notwendig angesichts der Tatsache, dass die Tafeln rasant wachsende Ansprüche melden, die Lebensmittelpreise sich kräftig erhöht haben und die Lebensführung in der Pandemie aufwendiger geworden ist.

Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD und Grünen abgelehnt. Die Sozialsenatorin verwies auf eine (irgendwann kommende) Neuregelung der Sozialleistungen. Außerdem verwies sie darauf, dass eine solche Regelung nur auf Bundesebene möglich sei. Der Hinweis, dass sie dann ja die Bundesratsinitiative aus Berlin und Thüringer unterstützen könne, die eine Erhöhung einfordern, beantwortete sie damit, dass diese Initiative wohl keine Mehrheit findet (sic !).

22/81 „Obdachlose Menschen schützen: Unterbringung in Hotels“

Gleichzeitig gehört die Mehrheit obdachloser Menschen zu der von Corona besonders gefährdeten Personengruppe. Sie leiden häufig unter nicht behandelten Vorerkrankungen und sind aufgrund ihrer Obdachlosigkeit physisch und psychisch geschwächt, sodass bei einer Ansteckung mit COVID-19 besonders schwere Krankheitsverläufe drohen. Hinzu kommt, dass Angebote der Obdachlosenhilfe – wie Essensausgaben, Tagestreffs und Beratungsangebote – zu Beginn der Ausbreitung der Corona-Pandemie ihren Betrieb zum Schutz von Mitarbeitenden und ehrenamtlichen Helfern:innen weitestgehend eingestellt haben, sodass für Bedürftige binnen kürzester Zeit die sonst zur Verfügung stehende soziale Infrastruktur zusammengebrochen ist.



Foto: @kuprevich/Freepik.com

London und Berlin haben in den letzten Tagen angefangen, eine umfangreiche Anzahl von Zimmern in Hotels, Pensionen und Jugendherbergen für obdachlose Menschen anzumieten. Die Unterbringung von obdachlosen Menschen in Beherbergungsbetrieben wie Jugendherbergen, Ferienwohnungen, Hotels und Pensionen, sicherzustellen. Die Unterbringung erfolgt anonym und ungeachtet der Herkunft der Betroffenen. Und dafür bis Ende Mai hierfür zunächst 300 Zimmer anzumieten.

In Hamburg wurde die Unterkunft für einige Obdachlose über eine private Spende in einem kleinen Hotel möglich. Die Erfahrungen waren sehr gut. Aber rotgrün weigerte sich, diese Aktivität aufzunehmen mit zwei Begründungen: zu teuer und bringt nichts. Aber das Beispiel „bedpark“ beweist, dass es möglich ist, die Infektionsgefahr kräftig senkt und angesichts der leerstehenden Hotels nicht sehr kostspielig ist.

Geflüchtete

Antrag 22-83: Geflüchtete in der Corona-Krise besser schützen. Dabei sollen die Erstaufnahme und Folgeunterkünfte in der Belegung deutlich ausgedünnt und die Menschen dezentral untergebracht werden, so dass soziale Abstände, Individualhygiene und individuell Kochzeiten eingehalten werden können. Dafür sollen Leerstände, Reservekapazitäten sowie gegebenenfalls externe Kapazitäten genutzt werden.

Auch diesen Antrag lehnte rotgrün ab.

Die Linke wird es nicht akzeptieren, dass die soziale Spaltung wächst, dass die Auswirkungen der Krise nicht von den Wohlhabenden und Reichen in dieser Gesellschaft bezahlt wird. Wir sehen einen neuen Feldzug, derjenigen, die in den letzten Jahren von der Umverteilung profitiert haben auf die zur Verfügung gestellten Hilfen des Staates.

Es ist die vornehmste Aufgabe der Linken im Parlament, aber vor allem auch außerhalb, dagegen aufzustehen.

Cansu Özdemir



Atomwaffen auf deutschem Boden,
über die nicht ihr, sondern andere verfügen?!
Seid ihr verrückt geworden?

Atomwaffen raus aus Deutschland! Sofort!

Das würde uns Friedrich Engels heute zurufen. Denn zwei Weltkriege haben seine Sorge in einem Brief von 1889 an den französischen Marxisten, Paul Lafargue, aufs grausamste bestätigt: »Was einen Krieg betrifft, so ist er für mich die schrecklichste aller Möglichkeiten. Ein Krieg, in dem es zehn bis 15 Millionen Kämpfende geben wird, der, allein um sie zu ernähren, eine noch nie dagewesene Verwüstung mit sich bringen wird; ein Krieg, der eine verstärkte und allgemeine Unterdrückung unserer Bewegung, eine Verschärfung des Chauvinismus in allen Ländern und schließlich eine Schwächung mit sich bringen wird, zehnmal schlimmer als nach 1815, eine Periode der Reaktion als Folge der Erschöpfung aller ausgebluteten Völker – und alles dies gegen die geringe Chance, daß aus diesem erbitterten Krieg eine Revolution hervorgeht – das entsetzt mich. Besonders wegen unserer Bewegung in Deutschland, die niedergeworfen, zermalmt und mit Gewalt vernichtet würde, während der Friede uns den fast sicheren Sieg bringt.« Bebel, der ihn um Rat fragte, was im Falle eines Krieges zu tun sei, schrieb er zweierlei: das beste einen Krieg zu verhindern sei die proletarische Revolution, und wenn voraussehbar werde, das diese zu spät käme, die Bewaffnung der Arbeiter in Milizen, die Verkleinerung des stehenden Heeres, und später seine Abschaffung. Denn den Angriff auf einen Staat ohne Armee kann man der eigenen Bevölkerung gegenüber nicht als Verteidigungskrieg verkaufen.

Heinz-Dieter Lechte

KRIEG

Terror Politik
Bomben Aktiengewinne International Angst
Verzweiflung Geschäfte Macht
Armut Zivilbevölkerung Waffendeals Tote konflikte
Nationalismus Militär

Ökologischer Kapitalismus? Dasselbe in Grün!

Seit Monaten streiken freitags tausende Schüler in Hamburg für Maßnahmen gegen den Klimawandel. Damit haben sie eine Debatte über die Ursachen der Umweltzerstörung angestoßen. Angela Merkel und andere versuchen die Bewegung auszunutzen, um in ihrem Interesse Reformen durchzusetzen. Aber gerade jetzt darf die Bewegung keine Illusionen in Maßnahmen schüren, die zum Nachteil der lohnabhängigen Bevölkerung sind und an den systemischen Ursachen der Umweltkrise nichts ändern.

Die CO₂-Steuer soll es richten?

Derzeit wird heiß über die CO₂-Steuer diskutiert, die zwar Produkte für den Endverbraucher teurer machen würde, aber die Produktionsbedingungen nicht infrage stellt. Pendler mit Durchschnittslohn, die mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, weil der schlecht ausgebaut und überteuerte ÖPNV keine Alternative ist, könnten ungefähr 100€ mehr im Monat zahlen. Die CO₂-Steuer wird sich vor allem auf ärmere Schichten auswirken, während reiche Vielflieger oder SUV-Fahrer sich den Mehrverbrauch weiterhin leisten können. Solche Maßnahmen werden die soziale Spaltung verstärken, statt dass die Kosten der verursachten Umweltschäden von den direkten Verursachern getragen werden – den großen Industrien, Banken und Konzernen.

Nur noch Bambuszahnbürsten und Baumwollpullis?

Eine weitere Illusion ist, dass wir durch unseren individuellen Konsum und unser Kaufverhalten die Umweltzerstörung aufhalten könnten. Dabei kann sich einerseits nicht jeder einen Baumwoll-Pullover für 50€ oder den regelmäßigen Einkauf im Biomarkt leisten. Andererseits bestimmt der Kapitalist immer noch, unter welchen Bedingungen die Waren produziert werden. Auf viele Bereiche hat der Konsument nicht einmal minimalen Einfluss – was nicht angeboten wird, kann auch nicht gekauft werden. Über Investitionsfelder genauso wie über Produktionsweise und Transportwege der Güter entscheiden nach wie vor die Chefs der Banken und Konzerne. Zudem gibt es große Industrien, die nicht für den Endverbraucher produzieren wie z.B. die Rüstungsindustrie, oder von denen der Mensch stark abhängig ist wie die Pharmaindustrie.

Die Lösung liegt nicht im Kaufverhalten des Einzelnen, sondern in der Vergesellschaftung der Produktion, über die nicht einzelne Kapitalisten in diktatorischer Weise, sondern die lohnabhängige Bevölkerung kollektiv demo-

kratisch und entsprechend unserer Bedürfnisse entscheiden soll. Noch dazu brauchen wir schon hier und heute Investitionskontrollen, die Öffnung der Geschäftsbücher der großen Banken und Konzerne und eine staatliche Kontrolle über den Außenhandel.

Ist Fliegen zu billig?

Als Folge der erstarkenden Umweltbewegung, der Krise im Bereich Gesundheit und Wohnen und anderer sozialer Missstände häufen sich die Forderungen nach Enteignungen und Verstaatlichungen zentraler Wirtschaftssektoren. Enteignungen und Verstaatlichungen, sowie die demokratische Kontrolle der Banken und Konzerne durch die Beschäftigten sind dringend erforderlich, um eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaft aufzubauen. Verkehrt ist aber die Begründung, man müsste Fluggesellschaften verstaatlichen, da Fliegen durch den privaten Markt "unverantwortlich billig" geworden sei. Damit lässt sich Bernd Riexinger auf eine kapitalistische Logik ein. Die Familien, die es sich gerade so leisten können einmal im Jahr in den Urlaub zu fliegen, sollen nun die Kosten der Klimakatastrophe tragen? Maßnahmen wie die von Riexinger geforderte staatliche Preiserhöhung für Flugreisen stellen sich in eine Reihe mit weiteren unsozialen Maßnahmen, die uns die herrschende Klasse als grün verkaufen will.

Stattdessen fordern wir einen staatlichen, gut ausgebauten Nah- und Fernverkehr zum Nulltarif und dass endlich die wirklich Verantwortlichen – die Kapitalisten – für die entstandene Umweltzerstörung zur Rechenschaft gezogen werden!

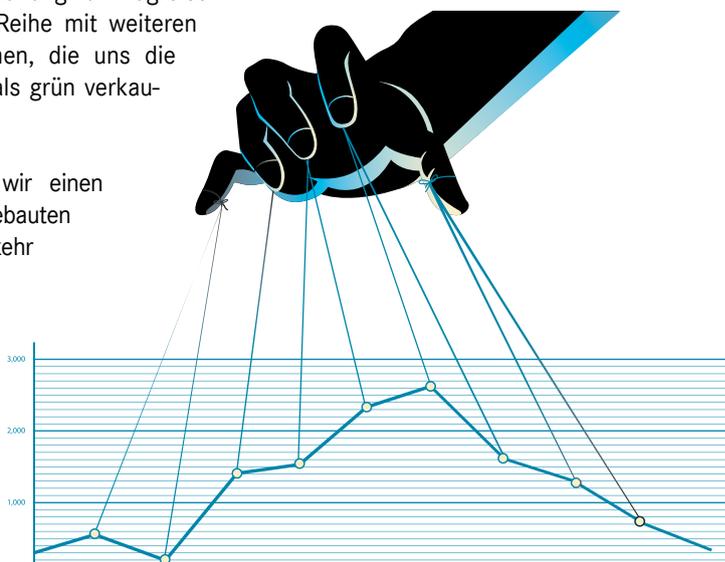
Jobs und Ökologie sind kein Widerspruch

Die Herrschenden versuchen uns weiszumachen, dass Soziales und Ökologie ein Widerspruch sind. Wenn klar wird, dass Veränderungen notwendig sind, werden die Beschäftigten dazu gezwungen das ausbaden und nicht die Kapitalisten und Konzerne selbst. Dabei haben nicht die Beschäftigten von RWE sich dafür entschieden den Hambacher Forst abzuholzen, sondern ihre Chefs. Wir wollen einen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter für den nachhaltigen Umbau der Schlüsselindustrien, garantierte Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten zu gleichen Bedingungen und kostenlose Umschulungen bei voller Lohnfortzahlung.

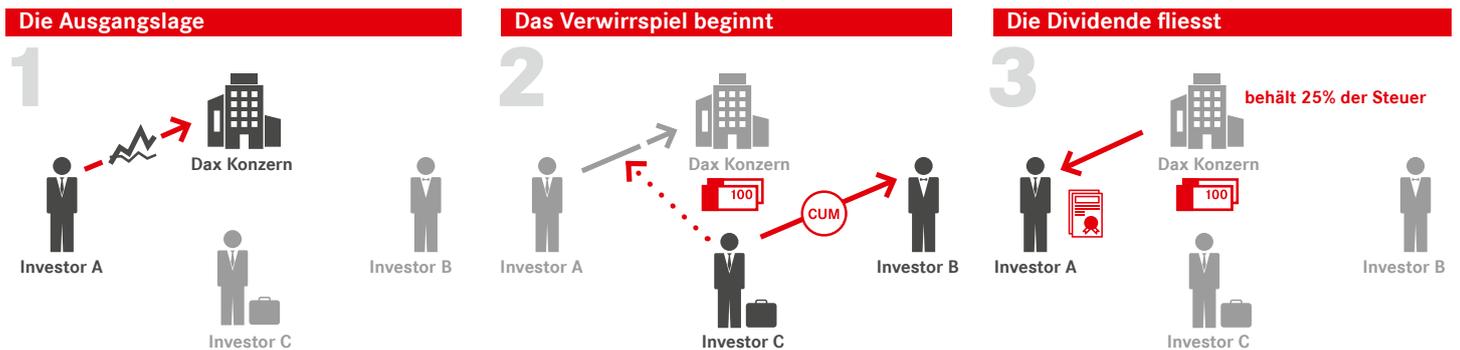
Wie wir etwas ändern

Was wir wirklich brauchen ist eine Wirtschaft, die nicht nach Profiten, sondern nach den Bedürfnissen der Gesellschaft funktioniert sowie demokratisch kontrolliert und verwaltet wird durch gewählte Vertreter der Beschäftigten, Gewerkschaften und des Staates. Um das zu erkämpfen brauchen wir die Beschäftigten in den Betrieben, denn sie haben die Macht die Wirtschaft zum Stillstand zu bringen und den Kampf um die ökonomische Kontrolle zu führen. Aus diesem Grund müssen die Gewerkschaften zum gemeinsamen und entschlossenen Kampf für Umwelt und Soziales aufrufen. Denn der Klimawandel lässt nicht auf sich warten und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ist heute nötiger denn je!

von Tim Härtlein und Nadja Habibi
(Linksjugend Hamburg Altona)



WEGEN VERBOTENER BEIHILFE BEI CUM-EX-GESCHÄFTEN INS AUS?



Aktien werden untereinander verschoben. Der Staat hat nur einmal Steuern kassiert – dafür haben aber nun zwei Investoren einen Anspruch auf Rückerstattung. ...

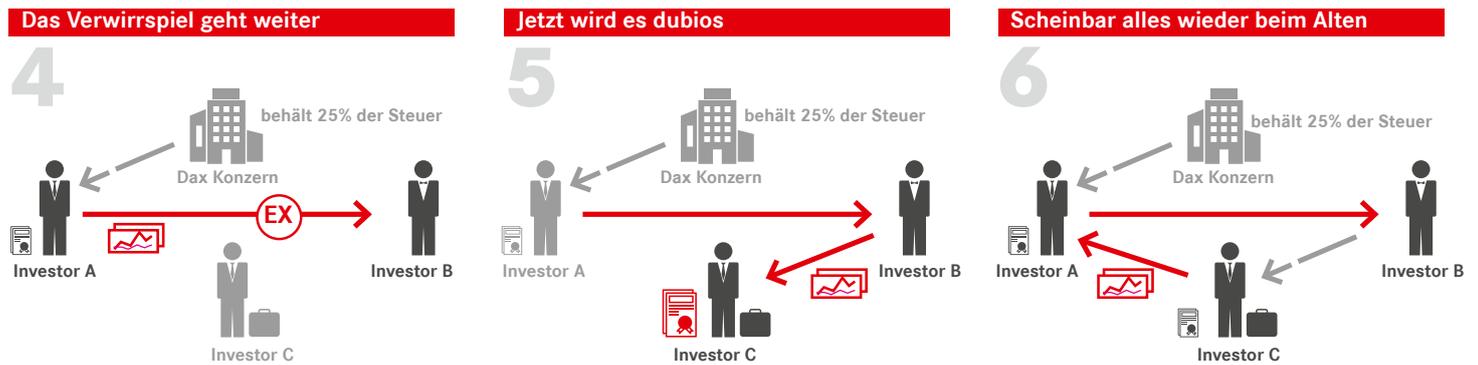
Stolz und mit großem Trara präsentierten die SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans den Finanzminister Olaf Scholz als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 2021. Seine Beliebtheitswerte waren im Laufe des politischen Krisenmanagements im Zuge der Covid-19-Pandemie gestiegen und eine linke Lösung wäre ohnehin nicht durchsetzbar gewesen, so das Kalkül der beiden. Olaf Scholz könne Kanzler hieß es. Gäbe es da bloß nicht die Verjährung einer Steuerforderung in Höhe von 47 Millionen Euro gegen die Warburg-Bank während seiner Zeit als Bürgermeister Hamburgs. Nun kommt das dem NDR vorliegende Rechtsgutachten des Bundestages zum Schluss, dass die Finanzbehörde nach geltendem EU-Recht eine verbotene Beihilfe geleistet habe



Foto: Garcia/Wikipedia.de

Diese Bank hatte mitgespielt im Konzert der Cum-Ex-Zocker. Seit spätestens 2002 nutzten Banken, Anwälte, reiche Eliten und Aktiengesellschaften in vielen Ländern Gesetzeslücken und bedienten sich hemmungslos in der Steuerkasse auf Kosten der gesamten Gesellschaft. Es geht dabei um eine besondere Variante des Dividendenstripings, bei dem der Verkauf einer Aktie vor dem Termin der Dividendenzahlung mit dem Rückkauf derselben Aktie verbunden wird.

Bei den Cum-Ex-Geschäften wurden diese Wertpapiere rund um den Dividendenstichtag mehrfach hin und her geschoben, transferiert, verkauft und wiedergekauft. Jedes Mal stellte eine Bank beim Besitzwechsel der Wertpapiere eine Bescheinigung über Kapitalertragssteuern aus, obwohl keine entrichtet worden waren. Bei den Finanzämtern wurden dennoch mehrfach Erstattungen beantragt und kassiert.



... Der Erlös wird am Ende unter den drei Investoren geteilt.

Grafik: Christine Zander nach Tagesschau.de

Ähnlich funktionierten Cum-Cum-Deals, bei denen "ein Investor aus dem Ausland, der in Deutschland kein Recht auf die Erstattung der Kapitalertragssteuer hat, seine Wertpapiere am Stichtag gegen eine Gebühr zu einer inländischen Bank" schiebt und sich danach die Kapitalertragssteuer auf die Dividenden erstatten ließ (*2)

Es dauerte lang, bis die europäische und die deutsche Politik diese Art des organisierten Finanzbetrugs in der Grauzone von Legalität und Rechtsbruch erschwerte. Da war der Schaden schon angerichtet. Die Schadenshöhe beläuft sich den Schätzungen nach auf einige Hundert Milliarden Euro. Allein in Deutschland soll es sich um mehr als 30 Milliarden Euro handeln.

Das Finanzamt München schickte der Bank Caceis, einer deutschen Tochter der französischen Großbank Crédit Agricoli, einen Rückzahlungsbescheid über knapp 312 Millionen Euro. Diese wurden tatsächlich an das Finanzamt überwiesen. Diese Bank will dennoch einen Prozess beim Finanzgericht München führen, um wieder an das Geld zu gelangen (*3).

In Hamburg tat sich die Finanzbehörde unter Peter Tschentscher (Finanzsenator von 2011 bis 2018, heute Bürgermeister) sehr leicht, 2016 eine Steuerforderung von etwa 47 Millionen gegen die Warburg-Bank verjähren zu lassen. Das geschah, "obwohl die Cum-Ex-Geschäfte, aus denen das Geld stammte, damals schon Gegenstand einer umfangreichen staatsanwaltlichen Ermittlung waren und von Wirtschaftsprüfern im Auftrag der Bankenaufsicht BaFin ausgeleuchtet wurden. In Hamburg waren die Betriebsprüfer des zuständigen Finanzamts zu dem Schluss gekommen, dass die Stadt eine drohende Verjährung verhindern müsse. In einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern des Finanzamts und der Finanzbehörde entschieden die Verantwortlichen im November

2016 dennoch, der Bank die mutmaßlich ergaunerten Millionen zu überlassen." (*4)

Um weitere 43 Millionen Euro ging es 2017 und um dieselbe Bank. Wieder sollte nicht reagiert werden, obwohl die Staatsanwaltschaft Köln das Finanzamt in Hamburg über belastende Kronzeugenaussagen informiert hatte. Schließlich drängte das Bundesfinanzministerium die Hamburger Finanzverwaltung zur Rückforderung des Geldes. Welche Rollen dabei der damalige Bürgermeister Scholz und sein Finanzsenator Tschentscher einnahmen und ob sie in welcher Form auf diese Geschehnisse Einfluss genommen hatten, ist derzeit nicht zu beurteilen.

Sie haben wiederholt betont, dass sie die Entscheidung des Finanzamtes nicht beeinflusst hätten. Doch die Eintragungen im Tagebuch des Mitinhabers der Warburg-Bank Christian Olearius lassen anderes befürchten. Eine sehr zwielichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch der Steueranwalt Hanno Berger, der laut der Staatsanwaltschaft Köln in drei Fällen als Berater dieser Privatbank Steuerhinterziehung in drei besonders schweren Fällen begangen haben soll. Ein Hauptverfahren wurde gegen ihn im Landgericht Wiesbaden eröffnet, allerdings ohne seine Anwesenheit. Er hat nämlich in der Schweiz Zuflucht gesucht. Die Schweiz liefert Angeklagte nur in besonders schweren Fällen aus. Ob sie in Bergers Fall so eine Einstufung vornehmen wird, ist noch offen (*5).

Die Linksfraktion hat nun gemeinsam mit der CDU-Fraktion und der FDP-Abgeordneten Anna von Treuenfels-Frowein in der Bürgerschaft einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss durchgesetzt, um zur Aufklärung des Finanzskandals beizutragen. Ob der Kanzlerkandidat Olaf Scholz spätestens bis zur Vorladung des PUA seine Erinnerungen in Bezug auf seine Gespräche

mit Herrn Olearius vollständig zurückerlangt wird, bleibt mit Spannung abzuwarten.

Es war jedoch keine kluge Idee, ihn angesichts der Ungereimtheiten im Steuer-Skandal und beim Wirecard-Desaster zum Spitzenkandidaten zu küren. Erst muss Aufklärung betrieben werden. Es sollte zweifelsfrei feststehen, dass Politiker:innen nichts mit Geschehnissen wie dem Cum-Ex-Skandal zu tun hatten, bevor sie kandidieren. Lobbyismus ist in der Politik bis in die Ministerien weit verbreitet. Treffen mit Wirtschaftsvertreter:innen, Interessensverbänden und Finanzgesellschaften gehören zum politischen Alltag. Dass ehemalige Minister:innen und weitere hochrangige, gut vernetzte Politiker:innen später in Aufsichtsräten und Geschäftsführungen sitzen, hat in der Vergangenheit schon manches Mal bundesweite Diskussionen ausgelöst. Genau dieses Treiben bringt den Geruch von Mausehelei, Beeinflussbarkeit und Korruption hervor. Es ist ein Grund, warum sich Menschen vom politischen Geschehen abwenden und nicht mehr an Wahlen teilnehmen.

Volker Vödisch

*1 Hamburg Journal vom 22.10.2020 (NDR)

*2 s. "Cum-Ex, Cum-Cum, Cum-Fake: das ABC des Steuerraubs", Website Die Linke

*3 vgl. Süddeutsche Zeitung, "In dem Skandal wird keiner geschont - außer in Hamburg" von Klaus Ott und Jörg Schmitt am 30.09.2020

*4 s. Zeit Nr. 40/2020, "Das Bankgeheimnis", Autoren sind K. Polke-Majewski, O. Hollenstein, M. Daubenberg, O. Schröm und Ch. Salewski

*5 vgl. Beitrag von Massimo Bognanni (WDR) in tagesschau.de vom 22.10.2020



<https://bit.ly/2HG9Kzr>

Ihn als Freund, und du wirst beneidet sein ...

.... Having a friend like him all would envy. He was the river/Marx was the boat/No river, no ocean/No ship that runs. So habe ich in einem Song zu seinem Geburtstag aus meiner persönlichen Sicht und Dankbarkeit ausgedrückt, was mir Engels bedeutet. Wie gerne wollte ich, wie 2018 für Marx und Familie, auch für ihn und Mary Burns, irische Arbeiterin und Lebensgefährtin, eine Matinee entwickeln. Corona hat das verhindert. Deshalb will ich nun Engels selbst zu euch sprechen lassen. Mir hat es geholfen zu verstehen wie unterschiedlich meine Genossinnen und Genossen auf Corona selbst und die damit verordneten Einschränkungen reagieren, und was aber letztendlich entscheidend ist.

Friedrich Engels aus Briefen zwischen am Ende seines Lebens zwischen 1890-1893 an verschiedene Adressaten, zusammengestellt von der Redaktion der ALiNa.



”

Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichts sagende, abstrakte, absurde Phrase.“ „Wir machen unsere Geschichte selbst, aber erstens unter sehr bestimmten Voraussetzungen und Bedingungen. Darunter sind die ökonomischen die schließlich entscheidenden.“ „Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus, politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate, politische Verfassungen und Formen der siegenden Klasse, und nun gar die Reflexe Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, religiöse Anschauungen und Dogmen, üben auch ihre geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen macht sich so, daß das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus das geschichtliche Ergebnis – hervorgeht, das selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes, bewußtlos und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann. Denn was jeder einzelne will, wird von jedem andern verhindert, und was herauskommt, ist etwas, das keiner gewollt hat. So verläuft die bisherige Geschichte nach Art eines Naturprozesses und ist auch wesentlich denselben Bewegungsgesetzen unterworfen.

Rechts-
aller dieser
philosophische Theorien,
Einwirkung auf den Verlauf der
vorwiegend deren Form. „Die Geschichte

„Wenn wir den verschiedenen ideologischen Sphären, die in der Geschichte eine Rolle spielen, eine selbständige historische Entwicklung absprechen, sprächen wir ihnen auch jede historische Wirksamkeit ab. Es liegt hier die ordinäre undialektische Vorstellung von Ursache und Wirkung als starr einander entgegengesetzten Polen zugrunde, die absolute Vergessung der Wechselwirkung.“ „Es ist eine Wechselwirkung aller dieser auch zufälliger Momente, worin schließlich durch als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt.“

“



NACHRICHTEN AUS DER BEZIRKSFRAKTION DER LINKEN ALTONA

Ausgabe Winter/Frühjahr 2021



DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Inhaltsverzeichnis:

Verlust für Hamburgs Linke	Seite 2	Haifischbecken Holstenareal	Seite 7
Jung und Obdachlos	Seite 4	Feuchte Technokratenträume von Vorgestern	Seite 10
Mangelhaushalt	Seite 5	Bahrenfeld: Wo bleibt die	
Kinder- und Jugendbeteiligung	Seite 6	Bürger:innen-Beteiligung?	Seite 12
Rückblick Holstenareal	Seite 7	Staying Alive?	Seite 13



Foto: Pro Wohnen Ottensen



Foto: Jochim Maack



Foto: Altonaer Manifest

Verlust für Hamburgs Linke

Zum Tod von Robert Jarowoy



Foto: Hinrich Schultze

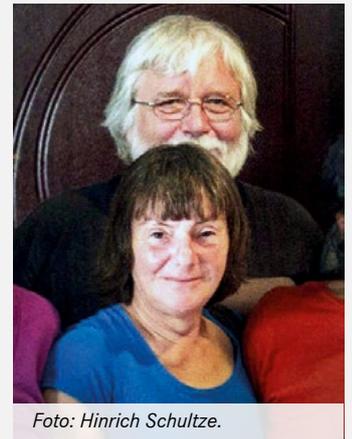


Foto: Hinrich Schultze.

Mit dem Tod Robert Jarowoy verliert die Hamburger Linke eine ihrer kreativsten, aber wohl auch schillerndsten Persönlichkeiten. Er starb vor einigen Tagen im Alter von 67 Jahren nach einer längeren Krebserkrankung. Schon von der Krankheit gezeichnet, sammelte er noch Unterschriften für das Bürgerbegehren »Keine Rendite mit der Miete«. Noch einen Tag vor seinem Tod nahm Jarowoy, schon sehr geschwächt, an einer Wahlversammlung der Hamburger Linken zum Bundesparteitag teil. 2008, als die Linke die ersten Sitze in der Bezirksversammlung Altona errang, wurde er zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt.

Robert Jarowoy wurde im Dezember 1952 bei Nürnberg geboren. Ab 1970 studierte er Philosophie und Geschichte. Beeinflusst von der APO-Bewegung, radikalisierte er sich politisch, wurde laut Gerichtsurteil Mitglied der »Bewegung 2. Juni« und 1973 wegen Raubüberfällen verurteilt. Bis 1979 war er inhaftiert, davon vier Jahre in Isolation. Diese Zeit habe er durch das Schreiben überstanden, berichtete er. So veröffentlichte er nach seiner Haftentlassung mit dem früheren APO-Aktivist Fritz Teufel die »Märchen aus der Spaßgerilja«. Später schrieb er Krimis, deren Themen er aus dem politischen Alltag im Bezirk Altona schöpfte. Beruflich betätigte er sich als Händler von Bio-Käse, vorher war er Geschäftsführer einer Genossenschaft, die mit Naturkost handelte.

»Ich habe Robert Anfang der 1970er Jahre kennengelernt, damals in der Szenekneipe »Gewinde« im Karolinenviertel«, erinnert sich Wolfgang Ziegert von der Altonaer Linken. Die Themen, die im Keller der Kneipe diskutiert wurden, entsprachen dem Zeitgeist: Revolution, aber keine »friedliche«. Der Theorie folgten bald die Taten. Nach seiner Freilassung führte Jarowoy den in Konkurs gegangenen Verlag Association weiter. Dieser hatte vor allem Texte sozialistischer und anarchistischer »Abweichler« wie etwa Victor Serge veröffentlicht. Der neue Association-Verlag gab unter anderem den subversiven Ratgeber »Lieber krank feiern als gesund schuft« heraus. Es folgten Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen.

1980 zog Jarowoy in das damalige Arbeiterviertel Ottensen mit einem hohen Anteil an Migranten. Auf die kurdische Problematik wurden er und seine Frau Beate Reiss, die bereits 2018 verstarb, aufmerksam, als in einer Darmfabrik im benachbarten Bahrenfeld die Arbeiter streikten, darunter viele Kurden. Aus diesen Kontakten entstand die Kurdistan-Hilfe, die von ihm und Beate Reiss mit gegründet wurde. Cansu Özdemir, mit kurdischen Wurzeln und Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion der Linken, erinnert sich: »Robert ist in der kurdischen Community sehr beliebt und sehr bekannt. Alle kannten ihn und haben ihn als Freund des kurdischen Volkes kennengelernt. Er hat jedes Jahr Delegationsreisen nach Kurdistan organisiert. Auch bei Militärkontrollen behielt er immer die Nerven. Er war immer ein aufopfernder Genosse, so ist er.«

Mit seinem freundlich-verschmitzten Lächeln und seinem weißen Rauschebart konnte er auch Kontrahenten für sich einnehmen. Die Freundlichkeit täuschte nicht, doch Jarowoy besaß zugleich einen scharfen analytischen Verstand, sprach ohne Manuskript. Er konnte durchaus polarisieren, so Bürgerschaftsabgeordneter Norbert Hackbusch (Linke): »Wir haben auch gestritten, zum Beispiel während einer Mitgliederversammlung über die Bedeutung des Brexit. Er hatte Verständnis für die Engländer, ich nicht. Ich habe gesagt, das ist idiotisch.« 2002 trat Jarowoy der PDS bei, so Ziegert: »Er hat auch später die Verhandlungen mit der WASG geführt, die zur Konstituierung der Linken in Hamburg führten. Dass die Linke sich in Hamburg etablieren konnte, daran haben Ate (Beate Reiss, d. Red.) und er auch intensiv gearbeitet.«

Von Reinhard Schwarz
neues deutschland 25.09.2020



www.robert-jarowoy.de



Foto: @user11487115/Freepik.com

JUNG UND OBDACHLOS

In Hamburg gibt es Schätzungen zufolge rund 2.000 wohnungslose junge Menschen. Sie befinden sich in einer absolut prekären, belastenden und nahezu schutzlosen Lage. Die meisten von ihnen haben es aus vielen Gründen zuhause nicht ausgehalten, flohen aus manchmal traumatischen Familienverhältnissen oder verloren ihre Wohnung, weil sie weder ihre Miete zahlen konnten noch wussten, wie sie es anstellen sollten, öffentliche Hilfen zu erhalten. Ihr Vertrauen in Hilfesysteme, Institutionen, in Beziehungen und Bindungen ist nachhaltig erschüttert. Zu oft wurden sie enttäuscht.

Anfangs gelingt es einigen von ihnen, für kurze Zeit bei Freund:innen oder Verwandten zu schlafen, bevor Sie nicht selten mehrere Jahre „auf der Platte“ zubringen, sich durchschlagen. Mitunter prostituieren sie sich, versuchen ihre Ängste und ihr Gefühl von Perspektivlosigkeit mit Alkohol und anderen Suchtmitteln zu betäuben.

Wer kein Obdach hat, muss sehen, wo es etwas zu essen gibt, kann ohne Krankenversicherung nicht mal eben eine Ärztin oder einen Arzt aufsuchen, traut sich kaum, Schlafunterkünfte aufzusuchen, weil man oft genug während des Schlafs

auch noch die wenigen Habseligkeiten zu verlieren droht, die für das Leben auf der Straße notwendig sind. Viele junge Menschen können schon gar nicht ihre Hunde in die Notunterkünfte mitnehmen. Also lassen sie es, schlafen irgendwo draußen.

In der Vergangenheit geschah im politisch-sozialen Rahmen eindeutig zu wenig, um die Situation der wohnungslosen jungen Menschen zu verbessern. Beginnen könnten Senat und Sozialbehörde mit dem Ausbau eines geeigneten, jugendgerechten und niedrighschwelligigen Übernachtungsangebotes wie Notschlafstellen und mit der

Schaffung von festem Wohnraum. Doch beides steht nur in völlig unzureichendem Maße zu Verfügung.

Nun will der Senat beim Neubau des "Pik As" ab 2024 einen daran angegliederten Wohntrakt für die jungen wohnungslosen Menschen schaffen. Alle Erfahrungen der Vergangenheit zeigten jedoch, dass diese Zielgruppe das "Pik As" nicht aufsuchen will. Gewalterfahrungen, unberechenbares Verhalten von psychisch kranken, älteren wohnungslosen Männern, die räumliche Enge und wenig Unterstützung sind erschreckende Umstände für Jugendliche in der Krise. Die geplante Form der Unterbringung im "Pik As" ist weder bedarfs- noch zielgruppengerecht. Von fachlicher Seite her wird dieses Vorhaben als kontraproduktiv abgelehnt.

Stattdessen bräuchte es dezentral angelegte, übersichtlich gestaltete und Sicherheit bietende Notschlafstellen und

Wohnformen mit genügend Fachpersonal, die in psychischer, gesundheitlicher und sozialer Hinsicht intensive Unterstützung leisten können, die den jungen Menschen bei der Bewältigung des Erlebten hilft und ihnen Lebensperspektiven eröffnet. Außerdem sollte der soziale Wohnungsbau weit stärker vorangetrieben werden und einen höheren, mindestens 50 % Anteil an allen Neubauten haben, als in der Wohnungsbauvereinbarung festgehalten wurde. Bei der Errichtung von Sozialwohnungen sollten unseren Vorstellungen nach regelhaft Wohnungen für junge Menschen vorgesehen und bereitgestellt werden, die wohnungslos sind oder zu werden drohen.

Senat und Sozialbehörde sollten mit großen Wohnungsgesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften in Verhandlung treten, damit diese aus ihrem Bestand geeignete und kostengünstige Wohnungen zur Verfügung stellen. Ein Dach über dem Kopf ist der erste Schritt, um zur Ruhe zu kommen, Hilfe anzunehmen und über die weitere Zukunft nachzudenken.

Die Zahl der sozialpädagogischen, Fachkräfte für Straßensozialarbeit, Berufsberatung und Therapie sowie der bezirklichen Hilfszentren zur Unterstützung der jungen wohnungslosen Menschen muss kräftig erhöht werden. In diesem Zusammenhang sollten die BAGSFI und die dafür zuständige Senatorin Melanie Leonhard die Zusammenarbeit mit "MOMO – The Voice of disconnected Youth" und mit dem Arbeitskreis "Wohnraum für junge Menschen in Hamburg" suchen bzw. intensivieren. Diesem Arbeitskreis gehören eine Reihe von Einrichtungen und Projekten an, die junge, wohnungslose Menschen unterstützen. Die Momos wiederum sind ein Bündnis von ehemaligen und aktiven Straßenkindern, die jungen Menschen, deren Lebensmittelpunkt die Straße ist, eine Stimme geben wollen. Zuletzt setzten sie sich anlässlich der Covid-19-Pandemie bundesweit für die sofortige Öffnung von Hotels, Hostels und Jugendherbergen für die jungen Obdachlosen ein, damit sie dort einzeln und ganztägig aufgenommen werden. Das gelang auch in einigen Städten. Angesichts der wieder rasant ansteigenden Infektionszahlen muss das Programm fortgeführt, erneut aufgenommen und erweitert werden, um die jungen Menschen zu schützen.

Volker Vödisch für die Landesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend als Zusammenschluss im Landesverband Die Linke. Hamburg

Mangelhaushalt

Viele Kinder spielen täglich in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) und werden dort in ihrer Entwicklung gefördert, ob im Rahmen der Ganztagsbetreuung in den Schulen oder im offenen Bereich. Für sie sind sie wichtige und identitätsstiftende Handlungsorte. Ähnliches gilt für die Einrichtungen und Projekte der Familienförderung, in denen junge Familien in vielen Fragen der Erziehung und Versorgung ihrer Kinder unterstützt werden

In der Jugendsozialarbeit, insbesondere bei der Straßensozialarbeit, sähe es für Jugendliche in besonderen Problemlagen schlecht aus, stünden ihnen dort die Einrichtungen nicht zur Verfügung. Ohnehin werden alle genannten Bereiche in der wachsenden Stadt nicht ausreichend mit finanziellen Mitteln, mehr Personalstellen und mit neuen Einrichtungen ausgestattet.

Alle Bezirke Hamburgs erhalten sogenannte Rahmenezuweisungen. Im Bezirk Altona handelt es sich 2020 in der OKJA um 4,1 Millionen Euro und bei der Familienförderung um 623.000 Euro. Der Bezirk bringt sogar noch zusätzlich Restmittel aus dem Vorjahr zusätzlich zur Rahmenezuweisung auf, um die Angebote zu erhalten. Geld, das der Bezirk zusammenkratzen muss, weil es in der Rahmenezuweisung des städtischen Haushalts fehlt. Derselbe Mittelansatz soll nun auch für 2021 gelten. Das trifft auch auf die Sozialräumliche Angebotsentwicklung (SAE) und für die Sozialräumlichen Hilfen und Angebote (SHA) in der bezirklichen Jugendarbeit zu. Über letztere entscheidet nicht einmal der Jugendhilfeausschuss. Der Gesamthaushalt der Stadt für das kommende Jahr wird aufgrund der Covid-19-Pandemie und wegen der Mehrausgaben zur Krisenbewältigung wohl erst im kommenden Frühjahr in der Bürgerschaft beschlossen.

Deshalb müssen der Jugendhilfeausschuss und die Bezirksversammlung in Altona eine vorläufige und vorbehaltliche Haushaltsaufstellung beschließen. Allerdings gibt es seitens der Stadt einen Rückforderungsvorbehalt in Höhe von 25 Prozent der Rahmenezuweisungen. Dreiviertel des Haushalts für die oben genannten Jugendhilfsegmente sind gesichert, der Rest aber nicht. Es gilt auch nicht als sicher, ob diese 25 Prozent der Mittel im nächsten Jahr wirklich ausgezahlt werden. Ohnehin sind in der Gesamtsumme weder die steigenden Betriebs- und Nebenkosten noch die Mehrkosten für die Tarifierhöhung und für die Tarifumstellung berücksichtigt und eingerechnet worden.

In der OKJA des Bezirks gibt es immerhin 37 Einrichtungen wie Spielhäuser, Abenteuer- und Bauspielplätze, Jugendclubs und Jugendzentren. In Relation dazu nehmen sich 4,1 Millionen Euro geradezu lächerlich aus. Die pädagogischen Kräfte arbeiten diesbezüglich unter Wert. Es fehlen Einrichtungen, Stellen, Angebote und Geld zur Finanzierung. Das wissen auch die politischen Parteien in den Bezirken. Sie sind unzufrieden mit der Mangelausstattung. Zwei Bezirke haben dies gegenüber dem Senat mit entsprechenden Beschlüssen kritisiert. In Altona wurde gerade ein entsprechender Antrag diskutiert und einstimmig verabschiedet.

Es wäre mehr als wichtig, wenn die Grünen und die Sozialdemokrat:innen in den Bezirksversammlungen Rückgrat beweisen würden gegenüber ihren Parteikolleg:innen in der Bürgerschaft und im Senat! Sie könnten gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien und den Vertreter:innen der Jugendhilfeträger den Druck erhöhen statt wider besseres Wissens in Nibelungentreue zur Senatspolitik zu stehen. Die strukturelle Unterfinanzierung drängt die OKJA, die Familienförderung und die Jugendsozialarbeit seit Jahren in ein Aschenputteldasein, obwohl dort Zehntausende Kinder, Jugendliche und ihre Familien betreut und gefördert werden!

Volker Vödisch für die Landesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend als Zusammenschluss im Landesverband Die Linke. Hamburg

KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG

Gleich zu Beginn des Abschlussberichtes der Hamburger Enquete-Kommission "Kinderrechte und Kinderschutz weiter stärken", der Anfang des Jahres 2019 nach zweijähriger Tätigkeit der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, heißt es in der Einleitung:

„Kinder sind Träger aller Grundrechte des Grundgesetzes (GG) - insbesondere aus Artikel 1 GG (Menschenwürde) und Artikel 2 GG (Rechte auf freie Persönlichkeitsentfaltung und körperliche Unversehrtheit) sowie aus der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) - und zugleich Menschen in einer besonderen Lebenssituation mit einem existenziellen Anspruch auf Sorge und Erziehung durch Förderung, Beteiligung und Schutz. Diese Rechte aller Kinder und Jugendlichen in Hamburg zu achten und die Kinder und Jugendlichen in der Wahrnehmung dieser zu (be-) stärken, muss die vornehmste Aufgabe staatlicher Verantwortung sein, nicht nur der Kinder- und Jugendhilfe.“ (S. 4)

Kinder und Jugendliche müssen ihre Bedürfnisse und Interessen äußern, einbringen und in allen Lebensbereichen gestalten können. Ihre Wünsche, ihr Gestaltungswille, ihre Sicht der Dinge und Lebensumstände, ihre Empfindungen, ihre Eindrücke, Wahrnehmungen und ihr Wille müssen im Gesellschaftsbewusstsein und in der gesellschaftlichen Praxis Bedeutung und Gewicht erhalten. Es geht hier um ihren Schutz, um die Wahrung persönlicher Rechte und um Beteiligung. Die Kinder- und Jugendbeteiligung birgt viele Facetten.

Während sie in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendbeteiligung relativ gut entwickelt ist, hapert es in anderen Feldern. Bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes, bei Neubauten und Umgestaltungen, hinsichtlich ihrer Verkehrssicherheit, bezüglich ihrer Mobilität, ihrer Spiel- und Erholungswünsche, in der Kita, in der Schule oder in anderen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen ist es wichtig und hinsichtlich der Heranbildung ihres demokratischen Bewusstseins unumgänglich, sie regelhaft, verbindlich, ernstnehmend und altersgerecht zu beteiligen.

Kinder und Jugendliche benötigen Räume, die weder einer misstrauischen oder übervorsorglichen Kontrolle der Erwachsenen unterliegen noch dass dort versucht wird, ihren Gestaltungswillen und ihre Kreativität zu begrenzen. Sie brauchen freie Begegnungsräume außerhalb von Einrichtungen und Institutionen, um andere Kinder und Jugendliche aus ihren Altersgruppen zu treffen und mit ihnen zu agieren. Kinder sind gewissermaßen selbst Expert:innen in ihrem Lebensumfeld und in ihren Familien. Sie an der Quartiersentwicklung und an der Jugendhilfeplanung zu beteiligen, ist nur folgerichtig. Sie hinsichtlich ihres Wohls in ihren Familien, hinsichtlich der Hilfen zur Erziehung und zu ihrem seelischen und körperlichen Schutze an weitreichenden Entscheidungen und alternativen Lösungen zu beteiligen ebenso.

Das sind Gründe, die Anfang des Jahres zum Beschluss des Jugendhilfeausschusses Altona führten, einen daran angegliederten Unterausschuss einzurichten, der sich in der nächsten Zeit mit Formen und Inhalten der Kinder- und Jugendbeteiligung auseinandersetzen und Ideen zur Verwirklichung entwickeln wird.

Volker Voedisch

Holstenareal – Rückblick

Ein Rückblick: Seit 2014 entsteht auf dem ehemaligen Bahn-Gelände zwischen Harkortstraße und S-Bahnlinie Altona-Diebsteich ein neuer Stadtteil. Über 100 Jahre lang rangierten dort Lokomotiven und wurden Züge zusammengestellt, der Wasserturm erinnert noch an diese Zeit. Der Grund und Boden war der Bahn von der damaligen Regierung kostenlos überlassen worden.

Seit den 90er Jahren gab es dort keinen Eisenbahnbetrieb mehr, und ein wildromantisches Birkenwäldchen war entstanden. Dann begann die Planung eines neuen Stadtteils dort, und schon gab es den ersten Skandal: Der Senat forderte das Gelände nicht von der Bahn zurück, sondern ließ es sie an private Immobilienspekulanten verkaufen! In den folgenden Jahren wechselte das Gelände dann mehrfach den Besitzer und stieg gewaltig im Wert, wobei die „Investoren“ geschickt vermieden, dass es wieder in öffentliche Hände gelangte; die

Hamburger Regierung – egal, ob von SPD oder CDU geführt – unternahm allerdings auch keine Anstrengungen in diese Richtung.

Ab 2016 wiederholte sich dies Spiel dann auf dem Gelände der Holstenbrauerei: Grundstücksfirmen, die sich für Teile des Areals interessierten und neben den Verhandlungen mit Holsten auch Kontakt zum Bezirksamt Altona aufnahmen, wurden vom Geschäft ausgeschlossen! Auch hier wurden die Grundstücke munter von einem Besitzer zum nächsten weiter gereicht, bis die Grundstückspreise so weit gestiegen waren, dass sich das Bauen lohnte.

Damit sich das Bauen lohnt, müssen die Häuser natürlich möglichst hoch sein, und der Abstand zum Nachbarhaus darf auch nicht allzu groß sein; dass man in manchen Wohnungen (auch auf einem Spielplatz) die Sonne nicht mehr sieht, kümmert die Bauherren nicht.

Haifischbecken Holstenareal

Unter dem Titel „Holsten knallt am dollsten“ luden die Baugemeinschaften Haus of Commons und Lücke e.V. sowie das Wohnkollektiv Malwine zu einer Podiumsdiskussion über die Zukunft des Holstenareals ein. Coronabedingt konnten am 25. Oktober 2020 in der Aula der Theodor-Haubach-Schule nur 50 Gäste teilnehmen und so wurde dankenswerterweise ein Livestream organisiert, dem sich im Laufe des Nachmittags ca. 120 Menschen zuschalteten.



Alle Fotos: Marlit Klaus

Auf dem Podium saßen: Christoph Twickel, Journalist und Mitglied bei fux e.G., er hatte in der „ZEIT“ schon sehr informative Artikel zu diesem Thema geschrieben (Zitat: Kommunale Planungsbehörden werden unfreiwillig zu Komplizen dieser Preistreiberie) und gab einen Input, Katrin Brandt Baubetreuerin von Stadtbau, Gabi Dobusch, SPD-Bürgerschaftsfraktion, Norbert Hackbusch (für die erkrankte Heike Sudmann), DIE LINKE Bürgerschaftsfraktion und seit kurzem mit einer Baugemeinschaft in der Neuen Mitte Altona wohnend, Renée Tripple, Gast-Professorin für Stadtentwicklungsplanung, Vorstand fux e.G., PlanBude. Moderiert wurde der Nachmittag von Petra Barz, Internationales Bildungszentrum in der fux e.G.

DIE SACHLAGE:

Der Brauereikonzern Carlsberg hatte vor, nach Hausbruch umzusiedeln, um dort eine neue moderne Brauerei aufbauen zu lassen. Weil er sich seine Neuansiedlung finanzieren lassen wollte, hatte er ein Interesse daran, das Grundstück meistbietend zu versteigern. Der Hamburger Senat verzichtete deshalb auf sein Vorkaufsrecht unter Vorgaben in einem „Letter of Intent“ (Vereinbarung mit einer verbindlichen Absichtserklärung). Darin war vereinbart: der Drittmix, 20% Baugemeinschaften, kein ShoppingCenter, Grünflächen, Kitas und Verkehrserschließung vom Investor zu tragen, sowie die Umsetzung eines auto- und verkehrsreduzierten Quartiers.



Das war im Mai 2016. Das Grundstück stand zum Verkauf, ein Hamburger Projektentwickler bot bis zu 50 Millionen Euro mit, stieg dann aus, weil er dieses Projekt unter den Vorgaben nicht mehr finanzieren konnte. Carlsberg verkaufte das Grundstück letztlich für ca. 150 Millionen Euro. Obwohl der Bau 2018 beginnen sollte, wurde gewartet und das Grundstück mehrmals weiterverkauft, einzig zu spekulativen Zwecken. 2020 liegt der Grundstückspreis inzwischen bei 320 Mio. Euro, ohne dass dort irgendetwas passiert ist. Um das Vorkaufsrecht des Senates und die Grunderwerbsteuer zu umgehen, wurde nicht mehr das Grundstück, sondern Gesellschaftsanteile (Share Deal) verkauft. Die Spekulanten geben an, dass sie von diesem Bauprojekt 840 Mio. Euro Erlöse erwarten. Zieht man von allen Flächen, diejenigen ab, aus denen keine größeren Gewinne generiert werden können (geförderte Wohnungen, Grünflächen, Kitas, Baugemeinschaften etc.), kommt man auf einen Quadratmeterpreis von ca. 8000 Euro, den sich nur sehr finanzkräftige Menschen leisten können.

DIE DEBATTE:

Die Baugemeinschaften wünschen sich eine solidarische Stadt und eine wirkliche Teilhabe an der Stadtentwicklung. Ist ein so starkes Einkommensgefälle der Anwohner:innen eines Quartiers überhaupt erstrebenswert? Wie wollen wir leben? Für die Qualität des Stadtteils sei auch wichtig, welches Gewerbe angesiedelt werde, betont Katrin Brandt. Ist es niederschwellig, kleine Handwerker:innen, Existenzgründer:innen? Sie müssen sich die Bodenpreise leisten können. Auch Gabi Dobusch (SPD) zeigt sich sehr empört über die Spekulation. Der

SPD sei „der Kragen geplatzt“, es habe heftige Debatten in der Bürgerschaft gegeben. Sie sei neu im Stadtentwicklungsausschuss, habe viel gelernt, vielleicht (!) sei man auch blauäugig gewesen. Verteidigt aber, dass die Stadt ihr Vorkaufsrecht nicht gleich wahrgenommen habe, denn es ging schließlich um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Norbert Hackbusch widerspricht ihr. Da hätte die Stadt auch einwirken können, wenn ihr das Grundstück gehört. Die SPD gehe immer davon aus, private Investoren könnten besser bauen, als die Stadt. Dabei gehöre der Wohnungsbau in städtische Hand. Allgemein sind sich die meisten einig, dass die Stadt ihr „schärfstes Schwert“, das Vorkaufsrecht wahrzunehmen, weggegeben hat. Wem der Boden gehört, der führt Regie.

Das einzige Mittel, was die Stadt jetzt noch habe, sei das Baurecht, der Investor brauche einen Bebauungsplan, um zu bauen. Die Stadt darf dann den Bebauungsplan nur unter strengen Auflagen, sozial zu bauen, genehmigen (Social Return – Modell). Es werde auf jeden Fall versucht, den „Letter of Intent“ in großen Zügen umzusetzen, vielleicht sogar noch mehr herauszuholen, so Gabi Dobusch. Die SPD habe nun einen Antrag gestellt, das Baugesetz zu ändern, damit solche Tricks wie z.B. per „Share Deal“ vorzugehen, nicht mehr möglich seien. Das Gesetz müsse auf Bundesebene geändert werden, was m.E. an der Kapitalfraktion im Bundestag scheitern wird. Renée Tribble weist daraufhin, dass diese Spekulanten, internationale Akteure, in einer ganz anderen Liga spielten und entsprechende Anwälte beschäftigen, die herausfinden, wie das Recht umgangen werden kann.

Durch ungebremste Spekulation
zum Lost Place? Impressionen
aus dem Holstenquartier

Alle Fotos: Marlit Klaus



Norbert Hackbusch findet, dass es grundsätzlich verboten gehört, mit Boden zu spekulieren. So ruppig wie da vorgegangen wird, so ruppig müssen wir auch antworten. Es brauche eine Bereitschaft zum Konflikt!

Die Frage taucht auf, ob dieses Projekt überhaupt noch zu realisieren sei. Die Gesellschaften nutzen dieses Filet-Stück zu reinen Spekulationszwecken. Die Spekulanten verhandeln zwar, verkaufen ihre Anteile, aber bauen nicht. Könnte das Projekt nicht schon in einer Spekulationsblase, die demnächst platzt, stecken? Was tut dem Investor weh?

Müsste man nicht versuchen, die Spekulanten auszutrocknen, indem der Hamburger Senat, das Grundstück als Brache liegen lässt und sein Vorhaben, hier zu bauen, erst einmal aussetzt. Die Spekulanten mussten einen Kredit von 400 Millionen Euro für einen Zins von fast 10 % aufnehmen. Wenn Hamburg einen langen Atem hat, werde es sich für diese Investoren irgendwann nicht mehr lohnen. Auch wenn das hieße, dass die Baugemeinschaften warten oder sich um anderer Grundstücke bemühen müssten, so kann das auf keinen Fall umgesetzt werden, denn neben der großen sozialen Schere bei den zukünftigen Anwohner:innen, ist damit zu rechnen, dass – um auf die Erträge von 860 Mio. Euro zu kommen – wieder eng (und auch hoch) gebaut wird, so dass die unteren Wohnungen im Winter kein Sonnenlicht mehr erhalten. Von einem sozialen und solidarischen Wohnen kann so schon lange nicht mehr die Rede sein. Kritisiert wird auch, dass die Mietpreisbindung bei den geförderten Wohnungen nur 20 Jahre beträgt, Baugemeinschaften und geförderter Wohnungsbau unattraktive Standplätze im Quartier erhalten z. B. an den Bahngleisen.

Aus dem Publikum wurde die Frage der Enteignung der Spekulanten aufgeworfen, so wie das in der Berliner Mietenbewegung diskutiert wird. Eine Vertreterin des Altonaer Manifests fragt erstaunt, ob sie richtig verstanden hätte, dass die Stadt die Grundstücke für die geförderten Wohnungen und Baugemeinschaften dem Spekulanten abkaufe, was der Fall ist, weil sich z.B. die Baugemeinschaften selbst die geringeren Grundstückspreise nicht werden leisten können. Anwohner:innen machten darauf aufmerksam, dass 10 Wohn-Häuser an das Areal angrenzen würden. Sie machten sich große Sorgen, was mit ihnen passiere, trotz aller Beschwichtigungen auf den ersten Info-Veranstaltungen zur Planung des Reviers, denn auf manchen Plänen wären ihre Häuser bereits verschwunden und zum Teil durch ein Hotel ersetzt. Sie wollen nicht verdrängt, sondern wirklich beteiligt werden.

Zum Schluss wird der SPD mit auf den Weg gegeben, dass es nicht reiche, schöne und kräftige Worte zu verbreiten. Wenn gesagt werde, der Investor verhandle hart, warum holt denn die SPD hier nicht mal die Bazooka raus. Man habe Bedenken, dass die SPD letztlich wieder vor dem Investor einknicke.

Auf jeden Fall ein inhaltsreicher Nachmittag und eine spannende Debatte. Diese Auftakt-Veranstaltung soll als ein erster Impuls für die öffentliche Debatte verstanden werden. In dem Sinne sollten wir alle dafür sorgen, dass es weiter so gute Veranstaltungen und auch kreative Aktionen geben wird.

Marlit Klaus

Feuchte Technokratenträume von vorgestern

Im April schockierten Senat und Deutsche Bahn die Bürger mit Plänen für eine neue Sternbrücke, die scheinbar mitten aus den Siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts entsprungen sein könnten. Geplant wurde still und heimlich im Hinterzimmer. Lange hatte einzig die Kulturbehörde Widerstand geleistet und ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnis klar feststellt, dass die Sternbrücke sanierungsfähig ist. Experten schätzen, dass die Brücke und nach Sanierung weitere 100 Jahre halten wird. Nach 100 Jahren wäre allerdings auch eine neugebaute Brücke wieder sanierungsfähig. Leider konnte sich die Kulturbehörde gegenüber der Wirtschaftsbehörde nicht durchsetzen.

Die DB hatte sich lange gegen die Sanierung der Sternbrücke gesträubt, da sie diese aus eigener Tasche tragen muss. Die neue überdimensionierte Brücke zahlt der Steuerzahler. Zudem lassen sich solche Projekte herrlich aufblasen, so dass auch die DB-Tochterfirmen etwas davon haben. In beliebter Manier bestellte die DB ein Gegengutachten. Eine übliche DB-Taktik um überdimensionierte Projekte durchzusetzen. Die Betonköpfe im Senat ließen sich überzeugen.

Nun hat der rot-grüne Senat hat ausgerechnet diese Brücke bestellt, weil er gern zwei 4-spurige Autostraßen plus Fahrradwege unter der Brücke haben will, die das kleinteilige Viertel komplett zerteilen würden. Fahrradwege und eine sichere Verkehrsführung werden tatsächlich gebraucht – aber warum der Anachronismus einer 4-spurigen Autostraße in Zeiten des Klimawandels? Zur Erinnerung: Nach etlichen Verkehrstoten wurde die Stresemannstraße in den 90er Jahren zweispurig, ohne dass die Staus größer wurden und der Verkehr zusammenbrach. Bis der CDU-Schill-Senat alles zurücknahm. Nun tritt Rotgrün in die Fußstapfen einer rückwärts-gewandten und kurzsichtigen Politik.

Eine von vielen wichtigen Fragen bei diesen Planungen: Vier Spuren plus Fahrrad- und Fußwege würden vielleicht unter eine neue Monsterbrücke passen, jedoch nicht in den weiteren Verlauf der Stresemannstraße und Max-Brauer-Allee. Plant man dort weitere Altbauten abzureißen um Platz zu schaffen? Hat man überhaupt weitergedacht?



Kreisellkonzert

Bild: Initiative Sternbrücke



Bild: Vissing Ingeniergesellschaft

Die geplante Brücke wird wie ein überdimensioniertes UFO auf der kleinteiligen Schanze liegen. Mindestens sieben Altbauten müssen dafür weichen. Derartige Baumaßnahmen ziehen immer höhere Mieten und Verdrängung alteingesessener Anwohner nach sich. Zusätzlich werden an der Max-Brauer-Allee Bäume sterben – nur weil man für die Montage der Brückenteile Platz benötigt. In Zeiten des Klimawandels sollte moderne Politik nachhaltiger und Ressourcen schützend denken.

Die Initiative Sternschanze kämpft seit April für eine Sanierung der alten Brücke. Obwohl viele Menschen – u.a. Architekt:innen, Denkmalschützer:innen, Verkehrsinitiativen, Bezirksversammlung Altona und viele weitere – auf ihrer Seite sind, gibt sich der Senat beratungsresistent. Man will dieses Projekt, wie so viele andere gegen den Willen der Anwohner durchziehen. Die Initiative ist deshalb auf eine vielfältige Unterstützung des Protests angewiesen. Vor Ort werden z. B. Kreisellkonzerte an der Wohlersallee, Infoveranstaltungen und kreativer Protest aller Art organisiert.

Die Fraktion DIE LINKE hinterfragt das Projekt in der Bürgerschaft mit Hilfe von Anfragen. Heike Sudmann: „Als wenn es die Klimakrise nicht geben würde, betreibt der Senat den Ausbau der Stresemannstraße für den Autoverkehr. Wohnhäuser stehen im Weg? Abreißen! Was für eine grundfalsche Politik. Die DB muss das eingeleitete Planfeststellungsverfahren stoppen, damit nicht weiter Geld und Ressourcen für diese wahnwitzigen Pläne verschwendet wird. Der Weg für angemessene Alternativen darf im wahrsten Wortsinne nicht verbaut werden.“

Seit 23.11 liegen die Planfeststellungsunterlagen im Bezirksamt Mitte und im Technischen Rathaus des Bezirksamtes Altona sowie online auf hamburg.de aus. Hamburger haben bis 5.1.2021 die Möglichkeit in Einsprüchen ihre Betroffenheit darzustellen. Je mehr Leute sich die Zeit nehmen und einen persönlichen Einspruch formulieren, desto besser. Mehr Informationen dazu auf der Webseite der Initiative Sternbrücke und auf hamburg.de

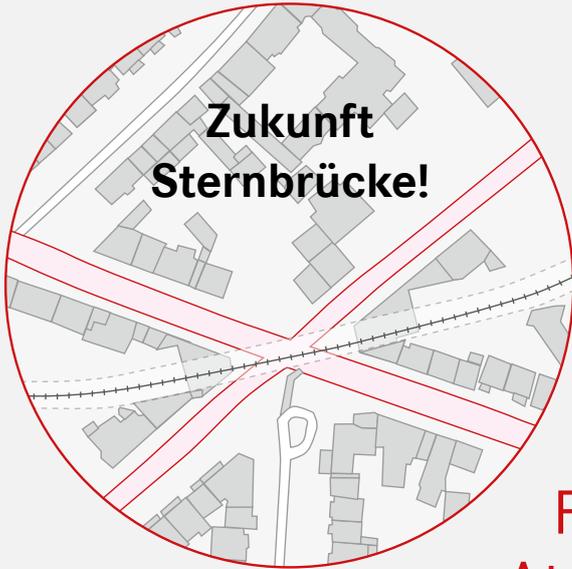
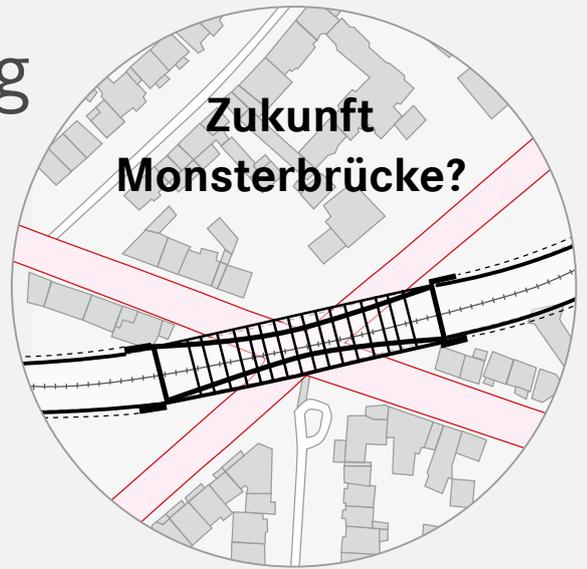
Christine Zander



Auf change.org gibt es eine Petition für eine Sanierung und gegen den Neubau einer Monsterbrücke der Initiative Sternbrücke. Die Petition ist auf der Startseite der Initiative verlinkt. www.initiativesternbruecke.org

Zerstörung

Änderung der kulturellen Struktur
Entwurzelung
Phantomschmerzen
Mieterhöhungen
Geschichtsverlust



Urbane Identität

Erhalt von günstigem Wohnraum

Freiräume für Kultur

Atmosphäre

Denkmalschutz

Klimaschutz



KOSTEN
DB zahlt Sanierung
alleine



60 Mio zahlt
die Stadt

VERKEHR
2 Spuren Autos,
Busspuren und Radwege



4 Spuren Autos,
Radwege

IDENTITÄT
Stadtbild
bleibt erhalten



Stadtbild wird „gesprengt“
Baukultur und Geschichte
werden zerstört

NATUR
Bäume bleiben



80 Bäume
müssen weg



Alle Fotos:
Jürgen Beeck



Bahrenfeld: Wo bleibt die Bürger:innen-Beteiligung?

Die Vorhabenträger

Eine Autobahn im Einschnitt, mehrere Kleingartenvereine und die Trabrennbahn prägen das Bild vom nördlichen Bahrenfeld. Wer in 20 Jahren durch dieses Quartier geht, wird es nicht mehr wiedererkennen: Wo die Kleingärten waren, stehen mehrstöckige Etagenhäuser. Einige der Schrebergärten liegen dort, wo die Autobahn unter einem Deckel verschwunden ist. Dort, wo einst Pferdesport getrieben wurde, haben sich die naturwissenschaftlichen Fachbereiche der Universität niedergelassen, in der Nachbarschaft von DESY. Alles zusammen firmiert unter dem Namen Science City Hamburg Bahrenfeld (SCHB) entwickelt. Das Geflüchteten-Camp August-Kirch-Straße war längst aufgelöst worden. Haben die Betroffenen eine Wohnung bekommen? Last but not least: Die S32 fährt, wenn alles nach Plan läuft, über die SCHB nach Lurup und zum Osdorfer Born.

Deckel, Straße und „Wohnen am Volkspark“

Die einzelnen Projekte sind nicht unbedingt neu, wurden jedoch im Frühjahr 2019 zur Science City Bahrenfeld veredelt. Man

wollte einen Leuchtturm. Was sagen die Leute, die dort heute (2020) wohnen dazu? Mit der geplanten Verbreiterung der A7 von drei auf vier Richtungsfahrtstreifen musste die DEGIS höhere Lärmschutzmaßnahmen erfüllen, der finanzielle Grundstock für das, was die Bürgerinitiative „Ohne Dach ist Krach“ schon seit 1990 gefordert hatte – einen Lärmschutzdeckel. Die FHH, die sich an diesem Deckel finanziell beteiligen muss, kam auf die pfiffige Idee, die städtischen Flächen von Trabrennbahn und Kleingärten an Investoren zu verkaufen und den Erlös für die Kofinanzierung einzusetzen. Der Bezirk Altona sollte für die Versenkung der Autobahn auch einen Tribut leisten, zum Beispiel: Kein Widerspruch gegen den Bau einer zusätzlichen Hauptverkehrsstraße vom Holstenkamp über den Deckel zur Ebertallee. Verkehrswende? Fehlanzeige!

Die besagte Straße solle die Bahrenfelder Chaussee und die Stresemannstraße entlasten und ca. 17.000 Kfz am Tag aufnehmen, so wurde gesagt. Ein Schnellbahnanschluss wurde übrigens in keinem der Verkehrskonzepte vorgesehen. Das rief den Unmut der

Bahrenfelder:innen hervor und führte zur Gründung der Bürgerinitiative Volkspark. Ein Architektenwettbewerb wurde 2016 für das „Wohnen am Volkspark“ ausgerufen. Eine Bedingung war die Maßgabe, bis zu 2500 Wohnungen auf der Fläche der Trabrennbahn und den östlich davon liegenden Kleingärten zu errichten.

Science City und S-Bahn

Im Februar 2019 wurde mit viel Tamtam den Bahrenfelder:innen im DESY-Hörsaal das Projekt Science City Bahrenfeld vorgestellt. Voller Stolz verkündeten die hochrangigen Vertreter von DESY, Uni HH, Wissenschafts- und Stadtentwicklungsbehörde, dass die Hochschule sich nun Excellence-Uni nennen darf, auch wegen der Fachbereiche Physik, Chemie, Biologie, die künftig in Bahrenfeld angesiedelt werden seien.

Dass mit einem Handstreich die Fläche für den Wohnungsbau am Volkspark um 25 % verringert werden soll, bei gleicher Anzahl von Wohnungen, wurde verschwiegen. Die geplanten Baukörper von DESY im Lise-Meitner-Park würde man nicht merken. Die

Frage, ob Bahrenfeld nun an die geplante S32 angebunden werde, konnte nicht beantwortet werden. Man hatte es schlicht unterlassen, einen hochrangigen Vertreter der Verkehrsbehörde mit aufs Podium zu setzen. Er hätte ja nichts anbieten können, weil man sich mit der Verkehrsanbindung nicht beschäftigt hatte.

Januar 2019 Bezirksversammlung: Etwa zur gleichen Zeit forderte DIE LINKE als Bedingung für die Realisierung der SCHB einen Schnellbahn-Haltepunkt am „Ebertplatz“. Das wurde von den übrigen Fraktionen im abgelehnt. Zwei Monate später hatten sie ihre Meinung geändert und forderten auch diese Station. Was war passiert? Im Bahrenfelder Appell hatten mehrere Vereine, Kirchen und Schulen erklärt, dass es ihnen ernst sei: keine SCHB ohne Schnellbahnanchluss! Die Botschaft war in der Bezirksversammlung angekommen.

Bürger:innen-Beteiligung

Außer der SCHB GmbH (eine landeseigene Gesellschaft der FHH) sind die bundesweit agierenden Firmen Helmholtz Institut (DESY), DEGIS (A7) und Deutsche Bahn (S32) die Entwicklung von Bahrenfeld-Nord verantwortlich.

Das Bezirksamt (BA) Altona darf die Vorhabenträger beraten. In einem Beirat ist ein Platz für die „Zivilgesellschaft“, Befragungen und Workshops vor Ort vorgesehen. Weiter lädt das Bezirksamt Altona zu „Multiplikator:innentreffen“ ein, zu dem Bezirksamt, SCHB GmbH und der Stadtteil eingeladen werden. Dort sollen Infos der Vorhabenträger an den Stadtteil weitergegeben werden, Stimmungsbilder (aus dem Stadtteil) erfasst werden.

Es gibt eine große Unzufriedenheit mit solchen Befragungsstrategien. Viele fühlen sich nicht ernst genommen. Das konnte man in der Vergangenheit wahrnehmen, nicht nur bei zwei sehr gut besuchten Veranstaltungen, die DIE LINKE zur Science City durchgeführt hatte.

Als DIE LINKE im Frühjahr 2020, diesmal im Planungsausschuss, ein Bürger:innen-Beteiligungsgremium forderte, wurde das von der Mehrheit abgelehnt. Als dann jedoch eine Eingabe aus dem Stadtteil, die einen Stadtteilbeirat forderte, vorlag, gab es immerhin mehrere positive Rückmeldungen. Eine konkrete Unterstützung des Anliegens blieb allerdings bisher aus.

Jürgen Bееck

Staying Alive?

Vor acht Jahren wurde die Einrichtung "Stay Alive" von St Pauli in die Virchowstraße verlegt als eine Möglichkeit für Drogenabhängige, Drogen unter ärztlicher Aufsicht zu konsumieren. Rund um die Einrichtung befinden sich nicht nur Gewerbebetriebe, sondern auch normale Wohnhäuser, und auch die Esche, ein Treffpunkt für Kinder und Jugendliche.

Dass das nicht unproblematisch wird, war schnell klar, „es lief aus dem Ruder“. Nach vielen Beschwerden der Nachbarn wurde ein Runder Tisch gegründet, der sich alle zwei Monate trifft; ich nehme seit ein paar Jahren daran teil.

In den letzten Jahren hat sich die Situation verschärft, Nachbarn gingen mit Beschwerden massiv gegen die Einrichtung vor. Mit Recht!?

Es geht sogar so weit, dass Menschen, die im äußeren Erscheinungsbild eher vernachlässigt aussehen, keinen Zutritt in den benachbarten Baumarkt oder bei Ikea haben.

Die einzige öffentliche Toilette im weiteren Umfeld des Stay Alive wurde schon vor längerer Zeit entfernt. Die nächste Möglichkeit ihre Notdurft zu verrichten, ist am Bahnhof Altona zu finden, aber wenn man sowieso knapp bei Kasse ist, dann ist schon ein Euro viel Geld. Die Einrichtung Stay Alive ist von 11:30 bis 19 Uhr geöffnet, danach ziehen die Drogenkonsument:innen zum Walter-Möller-Park. Eltern beschwerten sich über liegen gelassenen Spritzen, versifftete Matratzen, schmutzige Kleidung und menschliche Hinterlassenschaften.

Dass dies so nicht weitergehen kann, ist wohl Jedem klar. Ich finde es traurig, dass in unserer "schönen" Gesellschaft solche Umstände herrschen müssen; Familie sind meist mit einer konkreten Drogenproblematik überfordert und bekommen von Regierung und die Gesellschaft viel zu wenig Hilfe, Anerkennung und Empathie.

Vor Kurzen machte ich bei der umliegenden Nachbarschaft eine Umfrage, in der sich alle gegen die Einrichtung stellten. Frauen haben Angst und schließen ihr Büro ab, denn die Konsumenten wollen entweder zur Toilette oder sie bitten um Feuer. Die Fraktion DIE LINKE hat in der Bezirksversammlung von August 2020 einen Antrag für eine zusätzliche Straßensozialarbeiter-Stelle eingereicht; der wurde aber leider in den Sozialausschuss verwiesen, wo er dann von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde. So werden nun Aufgaben zur Lenkung des Drogenkonsums und der Drogenkonsument:innen vielfach von der Polizei wahrgenommen, deren Präsenz (manchmal mit sechs Beamten, zwei Polizeiautos) jedoch weniger auf sozialbezogene Problemlösungen hinweist als vielmehr die Drogenabhängigen in einem kriminellen Umfeld erscheinen lässt.

Und somit möglicherweise die Ressentiments in der Nachbarschaft verstärkt. Wir setzen uns weiterhin aktiv dafür ein, dass Drogenpolitik als eine gesundheits- und sozialpolitische gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen und verstanden wird.

Blanca Merz



Bezirksfraktion DIE LINKE Altona



Altona hat gewählt

14,8 % und 8 Plätze in der Bezirksversammlung

Danke für euer Vertrauen!

Hineingewählt wurden:

Thérèse Fiedler, Fraktionsvorsitzende
Wolfgang Ziegert stellv. Fraktionsvorsitzender
Karsten Strasser, parlamentarischer Geschäftsführer
Blanca Merz
Hasan Burgucuoğlu
Cornelia Templin
Andrea Benkert
Niclas Krukenberg

Mehr Infos: www.linksfraktion-altona.de

So sind wir zu erreichen:

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona
Am Felde 2 (im Hinterhof links)
22765 Hamburg
Tel: 040 25 49 55 47
E-Mail: buero@linksfraktion-altona.de

In der Regel sind wir
Mo., Mi. und Do.
von 9.00 bis 12.00 Uhr und
Di von 13.00 bis 16.00 Uhr
erreichbar.

DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Die Bezirksversammlung tagt jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock, Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Es lohnt sich auf jeden Fall, den Volksvertreterinnen und Volksvertretern zuzuhören!

Es gibt folgende Ausschüsse:

1. Hauptausschuss, 2. Ältestenrat/Geschäftsordnungsausschuss, 3. Haushalts- und Vergabeausschuss, 4. Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senior:innen, Flüchtlinge und Gesundheit, 5. Jugendhilfeausschuss, 6. Unterausschuss Haushaltsangelegenheiten des Jugendhilfeausschusses 7. Ausschuss für Kultur und Bildung, 8. Verkehrsausschuss, 9. Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport, 10. Ausschuss für regionale Stadtteilentwicklung und Wirtschaft, 11. Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz, 12. Bauausschuss

In diesen Ausschüssen arbeiten neben den Fraktionsmitgliedern zubenannte Bürgerinnen und Bürger. Nicht alle gehören der Partei DIE LINKE an, sympathisieren aber mit unserer Politik.

Bis auf den Bauausschuss und den Ältestenrat tagen alle Ausschüsse öffentlich und es können am Anfang der Sitzung eingereichte Fragen gestellt werden. Die meisten Ausschüsse finden im technischen Rathaus in der Jessenstraße 1 statt.

Mehr Infos: www.hamburg.de/bezirksversammlung-altona/

DIE LINKE.
BEZIRKSFRAKTION ALTONA

Impressum:

V.i.S.d.P Thérèse Fiedler, Am Felde 2, 22765 Hamburg

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die Autor:innen verantwortlich

Herausgeber: Fraktionsvorstand der Linksfraktion Altona

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang/gedruckt auf Recyclingpapier weiß, Blauer Engel, FSC

Titelfoto: DIE LINKE Altona

Strategiedebatte

Wenn ein Asteroid auf die Erde zurast, ist es egal, welche Taktik man dagegen ausbrütet; wenn man sich nicht lange zuvor mit dieser Möglichkeit strategisch befasst hat, steht der Untergang unserer Welt bevor. Dies zum Unterschied zwischen Taktik und Strategie.

Politische Parteien sind im Parlamentarismus nahezu ohne Pause mit Wahlstrategie befasst. Das ist notwendig. Auch richtig ist aber, darunter leidet zeitlich und organisatorisch die grundsätzliche strategische Debatte zu gesellschaftlichen Fragen ebenso wie die notwendige tagespolitische Umsetzung der Ziele. „Schon wieder Wahlen“ war deshalb im Parteibüro ein oft zu hörender Stoßseufzer. Gab es mal eine längere Pause zwischen den Wahlen, unternahm DIE LINKE immer wieder Anläufe zu Strategiedebatten. So im Juni 2019 in Hamburg auf Landesebene und im Februar 2020 bei der bundesweiten Strategiedebatte in Kassel. Der im Erfurter Parteiprogramm als gesellschaftliches Ziel genannte Demokratische Sozialismus ist anders als der Kapitalismus kein System, das sich einmal angestoßen in eine bestimmte Richtung bewegt. Er braucht Ideen, er braucht einen Plan, aber nicht in den Köpfen einiger weniger Experten des Wissens und der Macht, sondern in allen Köpfen und im Handeln aller Menschen.

Bertolt Brecht würde von einer „Großen Erzählung“ reden, um zu bezeichnen, was die Menschen brauchen. Denn wie es ihnen geht wissen sie selber, aber nicht wie es anders sein könnte. Zu tief hat sich das Bestehende als quasi alternativlos in die Köpfe eingegraben. Die Strategiedebatte im Bezirk Altona wurde im Februar den Mitgliedern für den März angekündigt.

Stattdessen kam Corona. Es dauerte bis in den August zu einem erneuten Anlauf zur Strategiedebatte. In einem Vorbereitungstreffen mit Teilnahme aus dem Vorstand und dem Altonaer Bildungsprogramm kristallisierte sich schnell heraus, die Strategiedebatte als einen fortlaufenden Prozess ohne zeitliches Limit zu betrachten. Die Strategiedebatte zu einzelnen Fragestellungen und Themen soll im Rahmen des Altonaer Bildungsprogramms in besonderen Veranstaltungen erfolgen.

Ebenso denkbar ist, einzelne Veranstaltungen im Rahmen der Bezirksmitgliederversammlungen anzubieten, dann allerdings als hauptsächliches Thema und nicht eingebettet in einer mehr oder weniger umfangreichen Tagesordnung. Exemplarisch hier – ohne Wichtigkeit, Brisanz oder Wertigkeit – einige Fragestellungen, mit denen wir uns auseinandersetzen:

Wie wollen wir leben?
Welche Antworten bietet dazu unser Parteiprogramm?
Was bedeutet für uns ein demokratischer Sozialismus und wie gelangen wir dorthin?

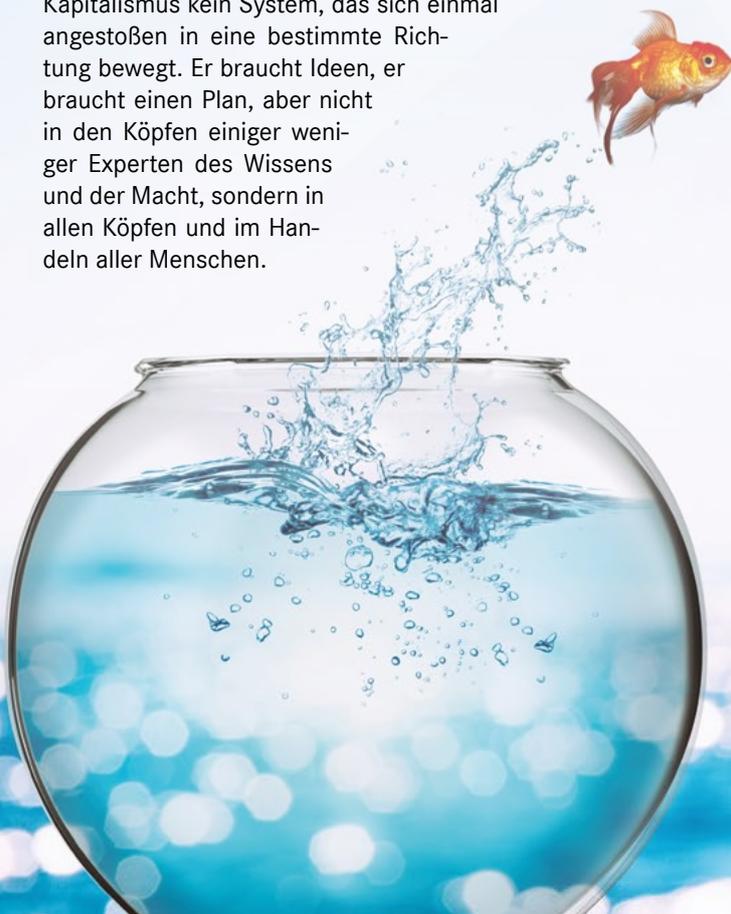
(Stichwort: Überwindung des kapitalistischen Systems, Transformation der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische.)

Welche Bedeutung messen wir der politischen Bildung zur Stärkung analytischer und reflexiver Kompetenzen zu?

Allen neuen Mitglieder soll durch die politische Arbeit deutlich werden, dass es sich bei der Partei Die Linke um eine sozialistische Partei handelt. Das gilt ebenso für die Außendarstellung und in der Wahrnehmung der Menschen, die auf unsere Partei und unser Wirken schauen.

Nach dem Sommer hat uns Corona nun wieder fest im Griff. Womöglich auch das Ergebnis einer von oben geleiteten Verwaltungs-Politik, die auf die Einbeziehung durch Dialog traditionell verzichtet. Dennoch ist geplant, noch in diesem Jahr mit der Strategiedebatte zu beginnen. Für Planung und Umsetzung ist das vom Vorstand allen Mitgliedern zugänglich gemachte Hygienekonzept maßgebend.

Heinz-Dieter Lechte



Linke, die nur Rechte sehen?

Im März des Jahres springt ein lausiger Schwimmer in die eiskalte Alster, um einen im Wasser Treibenden zu retten. Am Ufer steht eine junge Frau und schreit wie verrückt. Beobachter alarmieren die Feuerwehr. Der im Wasser Treibende wird gerettet. Sein Retter ertrinkt. Im Nachhinein stellt sich heraus, die Frau wollte nicht den Retter ermuntern, sondern den vermeintlich Ertrinkenden abhalten. Denn ihr neuer Freund, mehrfacher Durchschwimmer des Ärmelkanals, war spontan in seinen Klamotten in die Alster gehüpft, um sie zu beeindrucken. Tragisch.

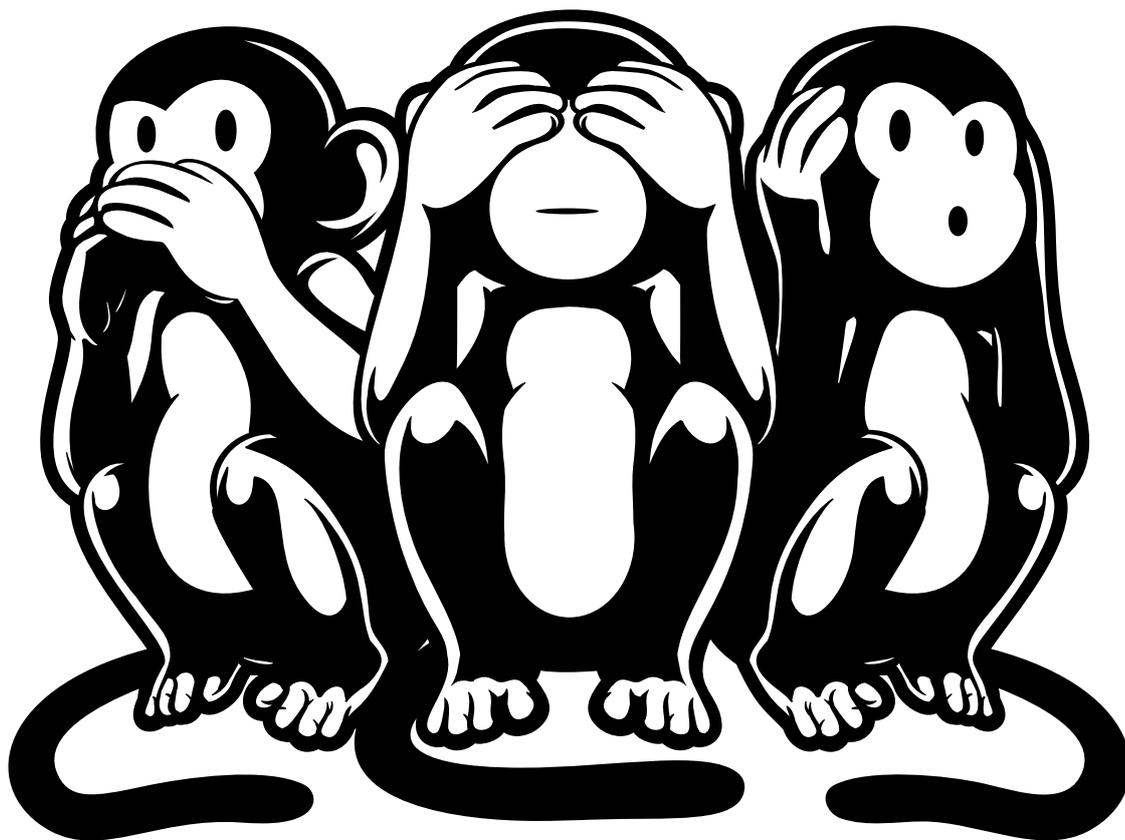
Im Nachhinein war der Rettungsversuch sicher falsch, doch im Moment der Entscheidung gab es kein richtig oder falsch. Leben retten zu wollen war moralisch-ethisch richtig und den Werten der Gesellschaft angemessen. Dass nun Monate später darüber nachgedacht wird und nachgedacht werden darf, was in solchen Situationen ein angemessenes

Verhalten ist, ob die Feuerwehr zu alarmieren ist oder nicht, das ist völlig okay. Grenzwertig wird die Kritik, wenn sie unterstellt, das alles hätte Bill Gates inszeniert, um die Hamburger zu verunsichern, was aber wiederum auch nur Teil seines Planes sei, die Weltherrschaft an sich zu reißen. Da nutzt es auch nicht, wenn der Autor hier offenbart, die ganze Geschichte ist nur ausgedacht, denn gerade dieser fiese Trick ist ein besonders perfides Beispiel der Lügenpresse, indem sie behauptet, das Wahre sei fiktiv.

Die Haltung in der Linken zu den „Coronarebellen“ geht teils diametral auseinander. Der Sozialwissenschaftler und Beobachter der Demonstrationen, Gerhard Hanloser, spricht im ND 29/30 vom August 2020 von „klammheimlicher Freude und So-

lidaritätsgefühl“, die den „egozentrischen Neoliberalismus in der Freiheitsemphase“ der Demonstranten übersieht, und diagnostiziert eine „falsche Demut vor den einfachen Leuten“. Er fährt fort: „Doch dies stellt nur den Narrensaum einer zerfransten Linken dar“. Auf der anderen Seite sieht er „Linke, die nur Rechte sehen“, die Überschrift seines Artikels im ND. Er meint die Träger der „Suchbewe-

Arbeit, entweder Lohnarbeit oder unbezahlte Reproduktionsarbeit. Hauptträger unbezahlter Arbeit sind die Frauen. Geld ist nur das Zahlungsmittel. Nur wer von der Arbeit anderer lebt, zahlt nicht! Dumm und antiemanzipatorisch sollten linke Slogans nicht sein. Auf einer Demo gegen Feinstaubbelastung drohen wir auch nicht, dass wir den Dreck nicht mehr einatmen.



Grafik: ©R4pro/Freepik.com

gung seien höchst divers, und damit auch spezifisch adressierbar, um einen Keil zwischen diese unterschiedlichen Kräfte zu treiben: Mittelständler, prekär Beschäftigte, Nazis, arbeitslose Hippies, egoistische Partypeople, entnernte Alleinerziehende und vielköpfige Familien.“ Diesen Keil gibt es schon.

Der Sozialwissenschaftler bedient sich seiner – hoffentlich unbewusst. Dem Idealbild der Gesellschaft entspricht in seinem Sammelsurium nämlich nur der Mittelständler. Weiter klagt er, die Linke sei „nicht mehr ein Pol konkreter Negation des Bestehenden.“ Es fehle „Ausstrahlung, Selbstbewusstsein und Fantasie“, und schlägt auch gleich eine Parole vor: „Wir zahlen die Coronakrise nicht!“ Doch, wir zahlen das! Denn gezahlt wird mit menschlicher

Außer einer kleinen Minderheit war es den Teilnehmenden der „Anti-Corona-Demonstrationen“ wichtig zu bekunden, dass sie keine Rechten sind. Man darf fragen, warum sie dann mit Rechten und deren Symbolen Seite an Seite marschierten. Schon als Kind lernt man, rechts ist da, wo der Daumen links ist. Dies quasi als Auftakt zum Einimpfen der herrschenden Ideologie, wonach rechts und links politisch quasi identisch seien. Dennoch war es zumindest bis zur „Wende“ nahezu undenkbar, dass jahrelange SPD-Wähler CDU wählten, wenn überhaupt eine andere Partei, dann die GRÜNEN. Das hat sich schon lange gewandelt. Leider sind die konservativen Wählerschaften weniger wechselfreudig. Wenn doch, dann wechseln sie nach rechts. Neben einer Erklärung für die Wahlerfolge der CDU drückt dies eine

allgemeine Stimmung für kritische Offenheit statt Abgrenzung gegenüber Rechten aus. Dies bis hinein in linksliberale Kreise.

Neu ist jenseits eindeutig völkischer Neofaschisten die Verachtung gegenüber der parlamentarischen Demokratie, ihrem Personal, das Grundgesetz eingeschlossen. Aus dem Anmelderspektrum der Demos werden Rufe laut nach einer neuen Verfassung und Expertenregierungen. Als letzter hatte Christian Lindner dieses wundersame Mittel gegen die von der FDP selbst inszenierten politischen Krise als Interimslösung für Thüringen vorgeschlagen. Für die „Wir-sind-keine-Rechten“ dagegen sind parteilose Regierungen die Lösung für alle Beschwerlichkeit der Demokratie. Sehen sie nicht, wollen sie es nicht sehen, oder wissen sie es sogar? Das ist der direkte Weg in eine faschistische Diktatur!

Wir schauen erstaunt und gebannt auf dieses merkwürdige Gebaren und wünschen uns, es möge bald – spätestens mit Corona – wieder vom Erdboden verschwinden. Das wird nicht gesche-

hen. Es verschwindet bestenfalls nur von der Oberfläche in den Untergrund, dem es entstammt. Das Problem liegt aber noch tiefer, und betroffen sind wir alle. Politik in unserer Gesellschaft ist stellvertretende Politik. Das ist keine Anklage, einfach nur eine sachliche Feststellung. Mit einer 40-Stunden-Lohnarbeitswoche, einem Haushalt mit zwei Kindern, zu pflegenden Eltern, wer soll da noch aktiv Politik machen? Und es gibt noch ganz andere Beispiele. Das gilt übrigens auch für die Mitglieder von politischen Parteien. Nur eine Minderheit ist und kann aktiv sein. Also selbst im Herzen der Demokratie – auch dort Stellvertretung statt Teilhabe. Politik erleben die meisten Menschen über Presse, Tagesschau oder Talkshows. Sie sitzen sprichwörtlich im Theater. Das Stück das gegeben wird, auf der Bühne: ihr Leben! Gespielt von anderen, weil sie selbst dafür keine Zeit haben. Was dann auf der Bühne abläuft, darf auch spannend und spektakulär sein, soll sich im Großen und Ganzen aber im vertrauten Rahmen bewegen. Wenn plötzlich die Regisseurin auf der Bühne erscheint, zu den Zuschauern spricht, dass auch sie Verantwortung haben für Inszenierung und Finanzierung, das Honorar der

Schauspieler, die Gesundheit der Sitznachbarn, und man solle verstehen, man müsse unterbrechen, weil noch Zuschauer eingeladen werden, die keine Karten –, aber auch ein Recht auf Kultur haben, reagieren Menschen verunsichert unterschiedlich, je nachdem wie sie es gelernt haben und auf der Basis ihres jeweiligen Seins. Das entschuldigt gar nichts. Erklärt aber schon mal, in welche Richtung nachzudenken sich lohnen könnte.

Die Philosophin, Psychologin und Soziologin Frigga Haug hat in der sogenannten 4-in-1-Perspektive eine feministische emanzipatorische Utopie auf der Basis der entwickelten Produktivkräfte entworfen, in der Erwerbsarbeit nur noch ein Viertel unserer Zeit in Anspruch nimmt. Ein weiteres Viertel ist der „Sorge um uns selbst und um andere“ gewidmet, ein weiteres Viertel „der eigenen Entwicklung“. Das letzte Viertel schließlich dient der Politik. Dieses Modell in der Realität wäre das Ende von Stellvertreter-Politik. Da wird schnell aus der Hüfte raus gesagt, das geht doch gar nicht. Die Wahrheit ist: es geht nur, was wir wollen! Sonst bleibt es, wie es ist.

Heinz-Dieter Lechte

ANZEIGE

„Unser Altona“ – der kultige FotoKalender stellt erfolgreiche Initiativen in Altona in Bild und Text vor, herausgegeben vom Altonaer Manifest zur Finanzierung von Initiativenarbeit.

A4, 13 Blätter, beidseitig bedruckt. Spende 10 €

Buchladen 213
Große Bergstraße 213
 oder per E-Mail bestellen bei:
kalender2021@posteo.de

ALTONA SELBERMACHEN
 Der Wandkalender 2021 vom Altonaer Manifest

UNSERE VERANTWORTUNG

Deutsche Faschist:innen ermordeten während der Nazi-Herrschaft Millionen Sinti und Roma, Kriegsgefangene, politische Gefangene, Menschen mit Behinderungen, Menschen in eroberten Gebieten, Homosexuelle und eine unfassbare Zahl von Jüdinnen und Juden. Rassismus und Antisemitismus sowie die Unterstützung weiter Teile der damaligen Bevölkerung und der Klasse der Kapitalisten waren die Grundpfeiler dieser Barbarei. Die Gefangenen des Konzentrationslagers Buchenwald bei Weimar schworen nach ihrer Befreiung: "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel (...)."

Die Geschichte der letzten 75 Jahre macht deutlich, wie mühsam es bleiben wird, Faschismus, Rassismus und Antisemitismus wirkungsvoll zu bekämpfen. In der jungen Bundesrepublik hatten sich schon früh Netzwerke der Nazis etabliert, die sich auch in den kommenden Jahrzehnten erhielten und erneuerten. Ehemals im Nazi-Regime Unrecht sprechende Richter wurden wieder zu Richtern ernannt, ehemalige Kräfte der Polizei, des Militärs und der Geheimdienste mit Nazi-Vergangenheit wurden wieder zum Aufbau der Bundeswehr, der Polizei und des neuen Geheimdienstes herangezogen, nicht selten in führenden Positionen. In allen Bereichen der Gesellschaft gewannen sie Einfluss und Positionen, ob in Verwaltungen, im Gesundheitswesen oder in der Politik. Viel zu selten wurden ehemalige Nazis ihrer Verbrechen gerichtlich angeklagt und überführt.

Immer wieder gelang es rechtsextremen Parteien in Parlamente einzuziehen, ob sie Deutsche Konservative Partei - Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP), Sozialistische Reichspartei (SRP), Deutsche Reichspartei (DRP), NPD, Die Republikaner, Deutsche Volksunion oder AfD hießen oder heißen. FaschistInnen töteten seit Anfang der 1990er über 200 Menschen aus rassistischen und antisemitischen Beweggründen. Der NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) konnte dies sogar über 10 Jahre nahezu unbehelligt tun, wahrscheinlich mit Deckung durch Landesämter des Verfassungsschutzes in mindestens drei Bundesländern. Wieviele getötete Opfer es vorher gegeben hat, lässt sich nur schwer ermitteln.

Alein das rechtsradikal motivierte Attentat während des Oktoberfestes am 26. Oktober 1980 in München tötete 13 Menschen und verletzte 221 weitere. Die Zahl der Übergriffe, Gewalttaten und anderer krimineller Akte ist seit drei Jahrzehnten beängstigend hoch (wir schrieben schon in vielen Ausgaben der ALiNa darüber).

Im deutschen Rechtsextremismus können im Wesentlichen drei Kreise bestimmt werden, die miteinander zum Teil sehr enge Beziehungen unterhalten und auch international vernetzt sind:

- **parlamentarisch orientierte Parteien** wie NPD, Die Rechte oder die AfD mit Bezügen zu außerparlamentarischen rechten Bewegungen wie Pegida
- **handlungsorientierte und gewaltbereite Neonazis**, darunter Jugendverbände rechtsextremer Parteien, Kameradschaften, rechtsextreme Skinheads, Rocker, Hooligans und rechtsterroristische Gruppen und Kleinorganisationen.
- **die Neue Rechte** (wie die Identitäre Bewegung) mit eigenen Medien, Verlagen, Instituten und Netzwerken.

Wie groß der Einfluss des letztgenannten Kreises auf parlamentarisch orientierte rechte Parteien ist, zeigt sich in der AfD. Björn Höcke und weitere „Flügel“-größen haben systematisch und methodisch die völkisch-nationalistische Ideologie in der AfD verbreitet und die Anhängerschaft des Flügels in recht kurzer Zeit vergrößert. Dabei half und hilft ihm noch immer ein stabiles Netzwerk der Neuen Rechten. Rechte Denkfabriken, Stiftungen, Institute, Magazine, Organisationen wie die bereits erwähnte Identitäre Bewegung und der Verein Ein Prozent sowie ihre Führungskräfte wie Jürgen Elsässer, Götz Kubitschek, Dieter Stein, Philip Stein und Karlheinz Weißmann unterfüttern die politische Ausrichtung des Flügels und setzen sie in ideologischer Hinsicht auf die faschistische Schiene. Ihr Einfluss auf Höcke ist sehr groß. Flügel und das Netzwerk arbeiten eng zusammen und sind eng miteinander verbunden (*1).

Dem aggressiven und beharrlichen innerparteilichen Vorgehen des Flügels, der relativ einig agiert, und dem Einfluss des rechten Netzwerks auf die ideologische Ausrichtung der Flügel sowie bei den

Mitgliedern der Jungen Alternativen und darüber auf die AfD scheinen die als gemäßigt geltenden Rechtspopulisten innerhalb der AfD wenig entgegengesetzt zu können. Sollten der AfD auch in Zukunft Wahlerfolge gelingen, würde es dem Flügel zweifelsfrei nützen und ihn stärken. In der Folge könnte es den Neuen Rechten gelingen, die AfD zu einer völkisch-nationalistischen oder wohl eher zu einer faschistischen Partei umzuformen. Der Flügel ist gut organisiert, ohne eine offizielle Organisationsform in der Partei gewesen zu sein. Der Flügel wurde vor kurzer Zeit vom Parteivorstand als aufgelöst bezeichnet, existiert aber als Netzwerk weiter, das es ohnehin schon war. Nach Schätzungen von Expert:innen sollen mehr als 40 % der Parteimitglieder ihre völkisch-nationalistischen Auffassungen teilen. Der Entzug der AfD-Mitgliedschaft von Andreas Kalbitz hindert ihn bisher nicht daran, weiterhin Einfluss auf zahlreiche Landesverbände, vor allem auf den brandenburgischen, auszuüben.

Den Rechtspopulisten und den zuvor genannten Parteien, Organisationen und Netzwerken ist es gelungen, ihre Sprache, ihre Deutungen und ihre ideologischen Überzeugungen bei einem Teil der deutschen Bevölkerung nachhaltig zu platzieren. Das gilt insbesondere bezüglich der Flüchtlingspolitik und des Verhältnisses zu Menschen des jüdischen Glaubens.

Die Attentate in Halle im Jahr 2019 und kürzlich in Hamburg stehen nicht für sich allein. Heiko Beyer, habilitierter Soziologe und Akademischer Oberrat am Institut für Sozialwissenschaften an der Universität Düsseldorf:

"Die Gesamtzahl antisemitischer Straftaten im Zeitraum zwischen 2001 und 2015 erreichte im Jahr 2006 ein Hoch von 1.809 Fällen. Der niedrigste Wert wurde für das Jahr 2011 mit 1.239 Straftaten ermittelt. Mit Abstand am häufigsten handelte es sich dabei

um Propagandadelikte und Volksverhetzung von rechts. Vorfälle von Friedhofschändungen wurden in dem Zeitraum zwischen 27 (2014) und 61 (2003) Mal pro Jahr zur Anzeige gebracht. Die Anzahl der antisemitischen Gewalttaten schwankt zwischen 28 (2001) und 64 (2007), wobei es sich hier fast ausschließlich um rechts-motivierte Körperverletzungen gegen Jüdinnen und Juden handelt." (*2)

Tatsächlich gehen er und weitere Expert:innen von einer erheblichen Dunkelziffer aus. Eher selten äußern rechtsextreme und antisemitische Funktions- und Mandatsträger rechter Parteien in der Öffentlichkeit ihre judenfeindlichen Einstellungen und Vorurteile. Sie bestreiten sogar, welche zu haben. Doch im privaten Rahmen, in kleinen, sicher erscheinenden Zirkeln, Netzwerken und Treffen, in einschlägigen Chats oder bei stimulierenden Versammlungen, bei denen das Gefühl ausgelöst wird, man habe angesichts der zahlreichen gleichdenkenden Anwesenden eine breite Zustimmung in der Bevölkerung erreicht, werden antisemitische Gedanken gepflegt und ausgesprochen. In Parteiprogrammen, Presseerklärungen oder in Artikeln findet sich so etwas selten wieder. Es ist mehr die sprachliche Verklausulierung, der Sprachduktus bzw. der Sprachcode, die mehr verraten. Dazu im Fazit der Studie "Antisemitismus in Deutschland - aktuelle Entwicklungen", die der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus im Auftrag des Bundesministeriums des Innern auf rund 300 Seiten zusammentrug:

"Insgesamt spielt offener Antisemitismus keine dominante Rolle bei Pegida, doch bildet Antisemitismus den Begleittext in einer Reihe von Statements oder schwingt als Subtext vielfach mit. Insbesondere die Verbreitung von Verschwörungstheorien und die aggressive Stimmung gegenüber Flüchtlingen, Einwanderern und Muslimen, aber auch gegenüber Anstrengungen zur Gleichstellung von nicht-heterosexuellen Menschen und Frauen, die unter Rednern und Demonstranten deutlich wurden, sind ein ernstzunehmendes Einfallstor für Antisemitismus. In etlichen Reden, die im Rahmen der Pegida-Demonstrationen gehalten wurden, fanden sich antisemitische Chiffren. Darüber hinaus ließ sich auch offener Antisemitismus regional und lokal unterschiedlich, vereinzelt oder gehäuft bei den >-gida<-Demonstrationen beobachten, insbesondere bei kleineren, die üblicherweise einen höheren Anteil auch organisierter Rechtsextremer aufweisen. Es gibt innerhalb der Bewegung Entwicklungen

in Ausrichtung und Zusammensetzung der Teilnehmenden, die auf eine zunehmende Radikalisierung schließen lassen. Ressentiments wurden im Laufe der Zeit vonseiten der eingeladenen Redner sowie der Demonstrationsteilnehmenden immer offener und aggressiver vertreten." (S. 263)

Insgesamt kommt diese Studie eher zum Ergebnis, dass antisemitische Einstellungen mehr an den gesellschaftlichen Rand gedrängt sind und eine untergeordnete Rolle spielen. Dagegen offenbart die nachfolgende Befragung ein anderes Bild.

Der Jüdische Weltkongress (World Jewish Congress) als internationale Vereinigung von jüdischen Gemeinschaften und Organisationen in rund 100 Ländern mit Hauptsitz in New York vertritt die politischen Belange aller Juden in Israel und in der Diaspora und veröffentlichte 2019 vor dem Anschlag in Halle eine Studie, die der Journalist Stefan Kornelius in der "Süddeutsche Zeitung" zusammenfasste (*3). Im selben Jahr wurden 1.300 Teilnehmer:innen in Deutschland nach ihren Einstellungen gegenüber Jüdinnen und Juden befragt.

Demnach hege jeder vierte Deutsche antisemitische Gedanken und 41% würden meinen, dass Juden zu viel über den Holocaust reden würden. Er schreibt weiterhin: "Bemerkenswert sind die Umfragewerte unter Hochschulabsolventen mit einem Jahreseinkommen von mindestens 100.000 Euro, die in der Studie als Elite bezeichnet werden. 28 Prozent von ihnen behaupten, Juden hätten zu viel Macht in der Wirtschaft, 26 Prozent attestieren Juden 'zu viel Macht in der Weltpolitik' - Aussagen, die zum klassischen Repertoire des Antisemitismus gehören. Fast die Hälfte von ihnen (48 Prozent) behauptet, Juden verhielten sich loyaler zu Israel als zu Deutschland. Immerhin 12 Prozent aller Befragten geben an, Juden trügen die Verantwortung für die meisten Kriege auf der Welt. 22 Prozent sagen, Juden würden wegen ihres Verhaltens gehasst." (*4)



Angesichts der geschichtlichen Realität ist dies bedrückend, wenn auch die Studie die Bereitschaft vieler Menschen feststellt, dagegen vorzugehen. Antisemitismus ist nicht auf Rechtsextreme begrenzt, sondern erfasst auch Menschen, die sich nicht als rechts sehen und andere Parteien wählen oder ihnen angehören. Antisemitische Gedanken haben eine größere Verbreitung in unserer Gesellschaft als viele Menschen wahrhaben möchten.

"Fast die Hälfte der antisemitisch motivierten Straftaten findet mittlerweile im Internet statt. Anonym und bislang mit geringem Entdeckungsrisiko lassen Antisemiten dort ihren Judenhass in Verschwörungstheorien und Vernichtungsfantasien freien Lauf.

'Im Internet gibt es bestimmte Foren, die hochproblematisch sind. Wir beobachten bestimmte Foren und versuchen zu verstehen, welche Prozesse dort ablaufen.'

Mit wachsender Sorge registrieren auch Levi Salomon und seine Mitarbeiter vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus eine deutliche Zunahme von antisemitischer Hetze im Netz:

'Der Attentäter von München und der Attentäter von Halle waren in demselben Forum. Außerdem gibt es ein Pendant zu Facebook, die russische VK. Da organisieren sich Rechtsextreme. Bei Telegram organisieren sich Rechtsextreme. Das muss unbedingt beobachtet werden.' (*4)





www.deutschlandfunkkultur.de/antisemitismus-in-deutschland-das-schleichende-gift



Es geht nicht nur um den Antisemitismus der Holocaustleugner und Verharmloser des Massenmords, auch nicht allein um den geschichtlich sehr lang existierenden Hass gegen jüdische Menschen einschließlich ihrer Ausgrenzung, Unterdrückung und der zahlreichen Pogrome gegen sie in der Vergangenheit. Es geht auch um "(...) eine undifferenzierte und einseitige Israelkritik, die teilweise ebenfalls, wie der 'sekundäre Antisemitismus', die Juden zu Tätern macht, um die Schuld Deutschlands an der Judenvernichtung zu relativieren." (*2, ebenda)

Hier ist insbesondere das politische Motiv der Israelkritik bei Antisemiten gemeint.

Kritik zum Beispiel an der aggressiven Siedlungspolitik und anderen Entwicklungen in den vergangenen Legislaturperioden des rechten, mitunter autoritären Premierministers Benjamin Netanjahu in verschiedenen Regierungsbünd-

nissen ist sehr wohl angebracht, ebenso eine differenzierte Wahrnehmung und Beurteilung der politischen Lage und Situation Israels im Nahen Osten.

Um es mit einem Zitat aus dem Programm der Partei DIE LINKE auszudrücken:

"Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des deutschen Faschismus eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg entgegenzutreten. Insbesondere diese Verantwortung verpflichtet auch uns, für das Existenzrecht Israels einzutreten. Zugleich stehen wir für eine friedliche Beilegung des Nahostkonfliktes im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung und damit die völkerrechtliche Anerkennung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates auf der Basis der Resolutionen der Vereinten Nationen."

Das beinhaltet auch die Haltung, in unserem Land die grundgesetzlich verankerten Rechte von uns allen und somit auch die Religionsausübung, die Kultur und das Leben der Jüdinnen und Juden zu schützen. Sie sind Teil unserer Gesellschaft und Teil unseres Zusammenlebens.

Volker Voedisch

*1 vgl. "Das Netzwerk der Neuen Rechten – Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern" von Christian Fuchs und Paul Middelhoff, erschien bei Rowohlt Polaris

*2 "Zur Verbreitung des Antisemitismus in Deutschland: Empirische Forschungsbefunde und methodischen Probleme" von Heiko Beyer aus www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus

*3 Süddeutsche Zeitung, Online am 23.10.2019 unter www.sueddeutsche.de

*4 "Antisemitismus in Deutschland – Das schleichende Gift" von Ralph Gerstenberg, veröffentlicht im Radiosender Deutschlandfunk Kultur am 26.03.2020, erhältlich als Text über www.deutschlandfunkkultur.de/antisemitismus-in-deutschland-das-schleichende-gift

Zukunft

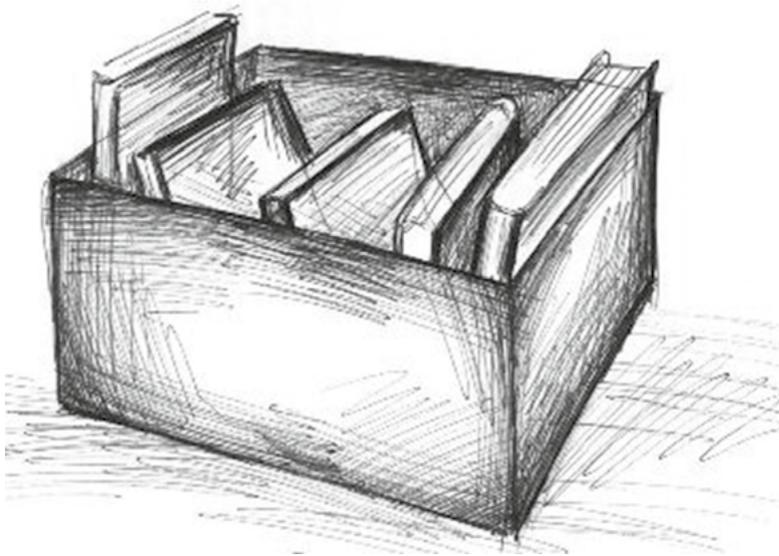
Ein Thema für die Strategiedebatte? Privateigentum an Grund und Boden.

Ohne den geringsten Teil Arbeit steigt der Wert von Grundstücken, weil es sich bei Grund und Boden um ein Gut handelt, das sich nicht unbegrenzt vermehren lässt. Befeuert durch spekulativen Kauf und Wiederverkauf, bis der aktuell höchstmögliche Wert in Geld erreicht ist. Mieten dienen dabei neben den Verwaltungskosten auch der Tilgung von Krediten. Sie sind aber weder Ursache noch Ziel der Spekulation. Eine kausale Verbindung zwischen der Höhe der Mieten und dem Wert der Grundstücke gibt es über die Lage des Grundstücks und entsprechend hohen Vergleichsmieten.

Da stellt sich die Frage, ob Grund und Boden jenseits von Eigenheim und Landwirtschaft überhaupt Privatbesitz sein sollte, oder Grundeigentum grundsätzlich nur öffentliches Eigentum sein sollte. Das wäre das Ende der Spekulation, wahrscheinlich verbunden mit einem niedrigeren Niveau der Mieten insgesamt. Dazu wäre eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich, während Enteignungen schon heute

realisierbar sind. Allerdings mit dem Nachteil, dass, wenn sie in Erwägung gezogen werden müssen, das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Wenn eine Familie ein Grundstück kauft, bezahlt sie es aus geleisteter Arbeit oder bei Finanzierung durch Kredit mit künftiger Arbeit. Bei Käufen zum Zwecke der Spekulation stammt das notwendige Kapital aus Finanzkapital, das verzweifelt nach Anlagemöglichkeiten sucht. Durch Wiederverkauf entstehen neue gigantische irrationale Werte, die wiederum nach Anlagemöglichkeiten suchen. Das ist nicht nur für die Gesellschaft insgesamt schädlich, sondern auch für den Kapitalismus selbst. Denn dieses überschüssige überbordende Finanzkapital muss letztendlich in der realen Wirtschaft aus Produktion und Konsum versuchen, sich in reale Werte zu wandeln. Das kann nachhaltig nicht gelingen. Sich selbst vermehrendes Finanzkapital, gespeist durch die Tendenz des kapitalistischen Wirtschaftens zur Überproduktion, heizt diese Krisen nur an.

Heinz-Dieter Lechte



Charles Lewinsky
Melnitz
Taschenbuch
dtv
16,90 Euro



Bücherkiste Links

„Immer, wenn er gestorben war, kam er wieder zurück.“

Der 2006 erschienene Roman „Melnitz“ von dem Schweizer Schriftsteller Charles Lewinsky erzählt aus dem Leben der jüdischen Familie Meijer, die in dem kleinen Örtchen Endingen in der Schweiz lebt. In fünf Abschnitte eingeteilt, beginnt die Erzählung im Jahr 1871 und erstreckt sich bis ins Jahr 1937. Dabei wechseln nicht nur die Perspektiven der einzelnen Familienmitglieder, sondern auch die Generationen, was die Geschichte immer wieder erneuert und für den Lesenden interessant macht. Dieser begleitet die Protagonisten, sieht sie aufwachsen und fühlt sich nach kurzer Zeit schon selbst wie ein Teil dieser Familie.

Mal unterschwellig und dann wieder offensichtlicher wird der damals wachsende Antisemitismus deutlich, welcher erschreckende Parallelen zu heute ziehen lässt: wie zum Beispiel eine Bürgerinitiative, die unter dem Deckmantel des Tierschutzes ein Schächtverbot einführen will, um so den Juden des Landes die koschere Ernährung zu erschweren. Oder auch die strikte Verweigerung von Geschäftsbeziehungen mit Juden. Und neben diesen, hat die Familie Meijer auch noch mit den anderen Problemen der damaligen, konservativen Gesellschaft zu kämpfen:

Wie schaffen es Golde und Salomon etwa, endlich einen passenden Gatten für die Tochter Mimi zu finden? Und kann Arthur seine Vorliebe für das selbe Geschlecht geheimgehalten? Besonders ist, dass im Laufe der Erzählung alle Protagonisten von dem ver-

storbenen Onkel Melnitz aufgesucht werden. Dieser tritt als Inkorporation jüdischer Geschichte samt ihrem Leid auf und mahnt die Protagonisten, meint dabei aber eigentlich viel mehr den Leser. Onkel Melnitz legt den Finger in die Wunde und spricht genau das aus, was die Familienmitglieder nicht wahrhaben wollen und was der Leser nicht zu denken vermag.

Die jüdische Geschichte ist eine, die nicht erzählt werden kann, ohne von Verfolgung, Leid und Tod zu sprechen. Das war auch schon weit vor 1933 so. Auch in „Melnitz“ wird dies deutlich. Das Narrativ der jüdischen Familie wird von Lewinsky so wahrhaftig und schön beschrieben, dass man das Buch nicht mehr nur als eine Geschichte, sondern als die Realität wahrnimmt und die Protagonisten zu echten historischen Persönlichkeiten werden. Mit den 774 Seiten begleitet einen die Familie Meijer meist eine ganze Weile.

Trotzdem wünscht man sich keine Fortsetzung, weil einem klar ist, dass nach 1937 nichts Gutes mehr auf die einem so lieb gewonnene Familie wartet.

Anbei, gibt es zu dem Buch auch noch ein Register mit jiddischen und hebräischen Wörtern, die im Laufe des Buches immer wieder eine Rolle spielen. So wird der Lesende nicht nur an die unglaublich gefühlvolle und mitreißende Geschichte gefesselt, sondern lernt auch noch einige Begriffe der jüdischen Kultur.

vorgestellt von Naomi Bruhn

Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat um 19:30 Uhr im Parteibüro,
Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegienaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Landesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend – Fachforum der Linken

Jeden zweiten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr
in der Geschäftsstelle der Linksfraktion Hamburg
Burchardstraße 21, 20095 Hamburg

Kommunistische Plattform Clara Zetkin

Jeden vierten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr
im Parteibüro am Felde 2, 22765 Altona
Volker Vödisch, Telefon: 01577 245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
mail@uliludwig.de

AG Frauen der LINKEN Altona

jeden 2. Donnerstag im Monat 19:00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Stadtteilgruppen:

Ottensen

jeden ersten Dienstag im Monat
um 19.30 Uhr im Büro Am Felde 2,
22765 Hamburg
Klaus Peter Berndt
neu-mkundab@web.de
Mobil: 0170 675 22 22

Altona-Altstadt

jeden ersten Dienstag im Monat
um 19:00 Uhr bei "el rojito"
in der Königstraße 16a.
22767 Hamburg
Werner Haertel,
Telefon: 040 200 54 67

Altona-Nord

Jeden zweiten Dienstag im Monat
um 19:00 Uhr im ASB-Seniorentreff,
Düppelstr. 20, 22769 Hamburg

Sternschanze

jeden 3. Dienstag im Monat
um 19.00 Uhr Taverna Plaka,
Schanzenstr. 25, 20357 Hamburg
Paulo F. Vieira P. Lopes
paulo.vieira.lopes@web.de

Bahrenfeld

jeden 1. Mittwoch im Monat
um 19:00 Uhr. ViaCafélier,
Paul-Dessau-Straße 4, 22761 Hamburg
Anke Peters, 0172 544 0 540
peters-a@web.de
Horst Schneider, 0157 510 530 16
horstschneider22765@googlemail.com

Elbvororte

nächstes Treffen bitte erfragen unter
info@die-linke-altona.de

Flottbek

nächstes Treffen bitte erfragen bei
Hasan Burgucuoglu,
Tel: 0176 49 38 04 50

Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat
um 19:30Uhr im Stadtteilhaus Lurup
(Lesecafé), Böverstand 38,
22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg
Bank: DIE LINKE.Altona
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

Impressum:

V.i.S.d.P Volker Vödisch, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die Autor:innen verantwortlich
Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand von DIE LINKE Bezirksverband Altona

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang
gedruckt auf Recycling-Papier weiß (Blauer Engel/FSC)
Titelfoto: Initiative Sternbrücke

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Die Redaktion

Heinz-Dieter Lechte, Volker Vödisch,
Naomi Bruhn, Bosse Daniel Reimann
Layout: Christine Zander
Korrekturgelesen durch: Werner Haertel

Folgen Sie uns bei:



In eigener Sache:

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Die Redaktion freut sich über Anregungen, Kritik oder Anerkennung, ebenso wie über zur Veröffentlichung eingereichte Texte mit dem Namen der Autorin bzw. des Autors. Bitte möglichst ein gängiges Schreibprogramm benutzen, und keine zip-Dateien. Die Redaktion behält sich vor eingereichte Texte redaktionell zu bearbeiten.

Wir sind unter der Email-Adresse: alina@die-linke-altona.de erreichbar.